2024

REGIERUNGS-PROGRAMM

DER SPD BRANDENBURG

SPD Soziale Politik für Dich.

Inhaltsverzeichnis

I. Menschen machen uns stark. Das ist Brandenburg 2
II. Für eine starke Wirtschaft 6
1. Brandenburg ist stark, weil gut bezahlte Arbeit bei uns Priorität hat 6
2. Brandenburg ist stark, weil wir die Bedingungen für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung schaffen. 7
3. Brandenburg ist stark, weil wir den Menschen ein Mobilitätsversprechen geben 10
4. Brandenburg ist stark, weil wir den digitalen Wandel gestalten 12
III. Für eine starke Gemeinschaft 13
1. Brandenburg ist stark, weil wir Familien unterstützen und entlasten 13
2. Brandenburg ist stark, weil alle Kinder und Jugendliche die bestmögliche Bildung erhalten 14
3. Brandenburg ist stark, weil hier Zukunft gemacht wird 18
4. Brandenburg ist stark, weil wir Pflege und Gesundheitsversorgung im ganzen Land sichern 19
5. Brandenburg ist stark, weil wir uns als soziales Land für alle Menschen einsetzen 22
6. Brandenburg ist stark, weil wir für das Asylrecht einstehen und geflüchtete Menschen bei uns integrieren 23
7. Brandenburg ist stark, weil unser Land den Menschen ein lebenswertes Zuhause bietet 25
IV. Für Stabilität und Sicherheit 30
1. Brandenburg ist stark, weil wir die Bedingungen für ein sicheres und friedliches Zusammenleben schaffen 30
2. Brandenburg ist stark, weil wir Landwirtschaft und Naturschutz vereinen 34
3. Brandenburg ist stark, weil sich die Menschen auf die Verwaltungen ihres Landes, ihrer Städte, Gemeinden und Landkreise verlassen können 38
4. Brandenburg ist stark, weil wir Energieerzeugung und Klimaschutz zusammenbringen 39
5. Brandenburg ist stark, weil es für Demokratie und Gemeinschaft steht 42
V. Es geht um Brandenburg 47

I. Menschen machen uns stark. Das ist Brandenburg.

Brandenburg ist stark und es sind die Menschen, die unser Land stark machen. Seit 33 Jahren gestalten wir als SPD an der Seite der Brandenburgerinnen und Brandenburger den Aufstieg unseres Landes. Brandenburg hat in dieser Zeit seinen Weg gemacht. Und dieser Weg erzählt eine Geschichte.

Es ist die Geschichte der Brandenburgerinnen und Brandenburger. Wie jede große Geschichte erzählt sie von den wichtigen Dingen im Leben.

Sie zeigt uns, was Menschen schaffen können, wenn sie zusammenhalten. Sie beweist uns, dass wir als Gemeinschaft stärker sind als die Summe der Einzelnen.

Denn wir haben gelernt: Einem Hochwasser oder einem Waldbrand kann man sich nicht allein entgegenstellen. 10.000 Sandsäcke füllt niemand allein. Hektar von brennenden Kiefern löscht kein einzelner Mensch. Es braucht die Kraft von vielen, es braucht die Kraft der gemeinsamen Anstrengung.

Die Geschichte Brandenburgs erzählt von Menschen, die nicht aufgegeben haben, auch wenn die Widerstände und Enttäuschungen gerade in den Nachwendejahren groß waren. Sie erzählt davon, wie Brandenburg für so viele Menschen ein Zuhause und auch Heimat geworden ist. Für Menschen, die schon immer hier lebten, und für Menschen, die – auch aus den alten Bundesländern und aus anderen Ländern – zu uns kamen und kommen.

Kurzum, es ist eine Geschichte, die von der Kraft des Zusammenhalts, von der Stärke der Zugehörigkeit und unserem gewachsenen Selbstbewusstsein erzählt.

Diese Geschichte ist weder Märchen noch Mär – sie ist ein Lehrstück für Mut, Zusammenstehen und Verantwortung in schwierigen Zeiten. Mit den entsprechenden Zahlen unterlegt, liest sie sich wie ein Tatsachenbericht.

Fast 2,6 Millionen Menschen leben heute in Brandenburg – wieder so viele Einwohnerinnen und Einwohner wie 1990. Alle anderen ostdeutschen Bundesländer sind seither hingegen geschrumpft.

Diese Entwicklung hat ihre Gründe:

Gegen den Trend wächst die Wirtschaft in Brandenburg. 2022 und 2023 lag Brandenburg mit ordentlichem Wirtschaftswachstum in der Spitzengruppe der Bundesländer. Der „Vorsprung Ost“ wird in Brandenburg Realität. Wer hätte das noch vor Jahren gedacht. Es geht immer weiter stabil voran.

All das ist auch ein Ergebnis des erfolgreichen Auf- und Umbaus der Industrie in Brandenburg. Aus enormen Herausforderungen, die kaum zu bewältigen schienen, haben wir willensstark zukunftsfeste Entwicklungen angeschoben. Das Beispiel der Lausitz zeigt es. Die Lausitz steigt aus der Braunkohle aus und entwickelt sich zu einem Zentrum für nachhaltiges Wirtschaften. Klimaschutz und Wirtschaftswachstum bringen wir zusammen. Gute Arbeitsplätze und neue Infrastrukturen entstehen. Aber es gilt auch weiterhin, das Handwerk und Mittelstand zu stärken. Gerade in der Fläche des Landes sind sie das Rückgrat unserer Wirtschaft.

Das sichert den Menschen in der Region die Möglichkeit, den Wandel mitzugestalten und von ihm zu profitieren.

Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Unser Land hat sich tatsächlich zu einem Vorreiter entwickelt. Das ist kein Geschenk. Es war harte Arbeit. Es ist der verdiente Lohn. Darauf können alle Brandenburgerinnen und Brandenburger stolz sein. Ein aufrichtiger und zufriedener Stolz. Keine Überheblichkeit, sondern Dankbarkeit gegenüber allen, die dazu beigetragen haben. Ein Stolz, der für die Zukunft Selbstvertrauen und Zuversicht gibt.

Trotz der erfolgreichen Entwicklungen unseres Landes gibt es noch zu viele Menschen, die davon noch nicht profitieren. Nicht Zuversicht und Vertrauen herrschen bei ihnen vor, nein, viele Menschen, beileibe nicht bloß in Brandenburg, sorgen sich, dass sie das mühsam Erarbeitete verlieren könnten.

Das ist die Hauptsorge und zugleich die Hauptaufgabe der SPD.

Wie schaffen wir es, dass die erfolgreiche Entwicklung bei mehr Brandenburgerinnen und Brandenburgern ankommt? Wie sichern wir unsere industrielle Basis und legen schon heute den Grundstein für unseren Wohlstand von morgen? Kurzum, wie stärken wir gleichermaßen Wirtschaft und Zusammenhalt im Land?

Nicht alle politischen Kräfte teilen diese Sorgen. So bekommen wir oft zu hören: *„Zusammenhalt allein reicht aber nicht.“* Das mag stimmen. Wir halten aber dagegen: Ohne Zusammenhalt, ohne Gemeinschaft ist alles nichts.

Das gilt heute mehr denn je:

In einer Zeit,

- in der die Welt von Krisen und Kriegen erschüttert wird,
- in der sich auch bei uns Kräfte aufmachen, unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung infrage zu stellen,
- in der Menschen verunsichert und müde von Veränderungen sind,

braucht es die richtigen Koordinaten. Nur so kommen wir sicher durch diese Zeit.

Wir wollen Menschen zusammenführen, anstatt Unterschiede zu betonen. Wir wollen den demokratischen Konsens suchen, anstatt zu spalten. Wir wollen mutig die Herausforderungen anpacken, anstatt zu verzagen.

Unsere Zeit braucht Sicherheit und Perspektiven für ein demokratisches Brandenburg. Sicherheit, Perspektiven und Demokratie für Brandenburg. Dafür stehen wir. Aber das kommt nicht von selbst und bleibt nicht einfach. Deshalb müssen wir hart für dieses Brandenburg arbeiten, die Voraussetzungen für ein sicheres Leben, verlässliche Perspektiven für die Menschen und unser demokratisches Gemeinwesen schaffen und erhalten.

Bei unserer politischen Arbeit leitet uns dabei ein Grundgedanke: Wir sind überzeugt, Brandenburg braucht einen handlungsfähigen Staat.

Dieser handlungsfähige Staat hat zwei Seiten:

- Erstens der Staat, der Menschen Sicherheit gibt und sie unterstützt – **ein Staat, der schützt.**
- Zweitens der Staat, der Perspektiven bietet und Entwicklungen ermöglicht – **ein Staat, der gestaltet.**

Erst beides zusammen macht Brandenburg stark. Die SPD will, dass Brandenburg stark bleibt.

Aber diese Stärke ist in Gefahr. In diesem Jahr steht unserem Land eine Richtungsentscheidung bevor – die vielleicht größte politische Richtungsentscheidung seit der Landesgründung.

Setzt unser Land seinen Weg der Offenheit und Toleranz fort? Oder schlägt Brandenburg einen Weg der Abschottung ein und riskiert so alles, was wir bisher erreicht haben?

Toleranz und Offenheit fördern die Attraktivität unseres Landes. Sie sind die Grundlage für die positive Wahrnehmung Brandenburgs, in Deutschland, Europa und der Welt.

Aber es geht nicht nur darum, was andere von uns denken. Für uns ist ein Brandenburg, in dem unterschiedliche Menschen friedlich zusammenleben, ein Wert an sich. Es ist die Grundlage für die freie Entfaltung und die Verwirklichung eines selbstbestimmten Lebens. Es ist Grundlage für die Zufriedenheit aller, die hier heute zu Hause sind.

Bedenken wir: Hass kennt keine Verbündeten. Er kann sich gegen jede und jeden richten. Heute ist es unsere Herkunft, unsere Hautfarbe, unsere Religion oder unsere Orientierung.

Schon morgen verschont er niemanden.

Deshalb rufen wir alle auf: Hass müssen wir uns immer wieder von Neuem entgegenstellen, Hass sagen wir den Kampf an.

All das bewegt uns und die Menschen in Brandenburg. Dennoch werden wir diese Herausforderung nur meistern und Gemeinschaft und Zusammenhalt in unserem Land verteidigen, wenn wir Antworten für die Zukunft Brandenburgs geben. Dazu müssen wir uns auf Brandenburgs Stärken besinnen, sie bewahren, entwickeln und neu erfinden. Denn unser demokratisches Brandenburg braucht beides: Sicherheit und Perspektiven. Dafür kämpfen wir.

II. Für eine starke Wirtschaft

1. Brandenburg ist stark, weil gut bezahlte Arbeit bei uns Priorität hat.

Brandenburgs Wirtschaft hat sich in den vergangenen Jahren erfolgreich und stabil entwickelt. Daran haben unsere großen Unternehmen, vor allem aber die vielen Klein- und Kleinstunternehmen und das Handwerk entscheidenden Anteil. Wir arbeiten unermüdlich daran, dass alle Brandenburgerinnen und Brandenburger von dieser guten Entwicklung profitieren.

Trotz globaler Krisen bleibt Brandenburg auf einem hohen Beschäftigungsniveau. In den meisten Landesteilen geht es nicht mehr um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, sondern um die Bekämpfung des Fachkräftemangels. Das eine ist ein großer Erfolg, das andere eine große Herausforderung. Dieser Aufgabe der Fachkräftegewinnung und -sicherung nehmen wir uns mit vielen Partnerinnen und Partnern an.

Zugleich sehen wir, dass nach wie vor gut 250.000 Brandenburgerinnen und Brandenburger auf Mindestlohnniveau arbeiten. Daher war es richtig, als Land Brandenburg schon 2021 einen Vergabemindestlohn von 13 Euro einzuführen. Diese Vorreiterrolle wollen wir auch künftig einnehmen.

- Vor allem anderen setzen wir uns für eine Steigerung der Tarifbindung im Land ein. Die fehlende Tarifbindung wirkt sich negativ auf die Einkommen der Beschäftigten, die Arbeitsbedingungen aus. Eine starke Tarifpartnerschaft zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern hingegen stärkt Beschäftigte und Unternehmen.
    - Daher werden wir in Brandenburg eine Tariftreueregelung für die Vergabe öffentlicher Aufträge einführen. Nur Unternehmen, die sich an Tarifverträge halten, dürfen öffentliche Aufträge erhalten. Dabei kann die Regelung des Landes Berlin Vorbild sein, um so für den Wirtschaftsraum Berlin-Brandenburg eine einheitliche Tariftreueregel zu erzielen.
    - Die staatliche Wirtschaftsförderung werden wir noch konsequenter darauf ausrichten, dass tarifgebundene Unternehmen davon profitieren.
    - Neben der öffentlichen Verwaltung gilt auch für öffentliche Unternehmen Tarifbindung.
    - Im Falle von Betreiberwechseln stellen wir sicher, dass jeder Beschäftigte ein Übernahmeangebot mindestens auf dem Niveau der bisherigen Arbeitsbedingungen erhält sowie betriebsbedingte Kündigungen für die Dauer des Vertrages ausgeschlossen sind.
    - Wir setzen uns dafür ein, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen zu vereinfachen, und nutzen schon jetzt umfassend die landesrechtlichen Möglichkeiten dafür.

- Schon seit über zehn Jahren ist der Vergabemindestlohn ein wichtiges Werkzeug für Lohngerechtigkeit und ein Impulsgeber für den gesetzlichen Mindestlohn. Entsprechend der Einkommensentwicklung wollen wir den Vergabemindestlohn in zwei Schritten auf 15 Euro pro Stunde erhöhen. Dabei arbeiten wir eng mit der Kommission zur Anpassung des Vergabemindestlohns zusammen.
- Nach wie vor besteht ein Abstand zwischen dem Entgelt der Männer und dem der Frauen. Obwohl diese Lohnlücke in Brandenburg wie ganz Ostdeutschland geringer ausfällt, dürfen wir nicht nachlassen, diese Ungerechtigkeit zu beseitigen. Deshalb schaffen wir Rahmenbedingungen, die von der Kita bis zur Berufstätigkeit sicherstellen, dass beide Geschlechter dieselbe Chance auf Zugang zu allen Ausbildungs- und Berufsfeldern haben.
- Wir setzen uns für eine Harmonisierung der Feiertage mit Berlin ein. Das hilft insbesondere Pendlerinnen und Pendlern mit Arbeit in einem, aber Betreuungsangeboten im anderen Bundesland. Die Zahl der Feiertage wird nicht verringert.
- Die duale Ausbildung in Deutschland wird weltweit als Beispiel für gute Ausbildung herangezogen. Dieses System müssen wir stärken. Deshalb wirken wir darauf hin, dass die Ausbildung kostenfrei ist und fair vergütet werden muss.

2. Brandenburg ist stark, weil wir die Bedingungen für eine stabile wirtschaftliche Entwicklung schaffen.

Die wirtschaftliche Entwicklung geht in Brandenburg stabil voran. Um diesen Weg fortzusetzen, ist heute mehr denn je auch ein Bekenntnis zur Industrie in unserem Land notwendig. Ohne Akzeptanz in der Bevölkerung kann es keine erfolgreiche Industrie und Wirtschaft geben. Ohne erfolgreiche Industrie und Wirtschaft können wir unseren Wohlstand weder erhalten noch steigern. Dabei ist es besonders wichtig, auch den Mittelstand und das Handwerk im Blick zu behalten. Neben der hohen wirtschaftspolitischen Bedeutung ist gerade dort auch die Akzeptanz von Industrie von großer Bedeutung. Deshalb setzen wir bereits heute für die gesamte Wirtschaft die richtigen Rahmenbedingungen für morgen. Das macht Brandenburg stark.

Brandenburg lag 2022 und 2023 in der Spitzengruppe beim Wirtschaftswachstum. Diese Erfolgsgeschichte des Umbaus hin zu einer innovativen und nachhaltigen Wirtschaft setzen wir konsequent fort. Die so entstehenden Arbeitsplätze sind auch ein Garant für gute Löhne.

Um die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung fortzusetzen, brauchen wir genügend Fachkräfte. Dafür müssen wir allen Menschen in Brandenburg den Weg in Beschäftigung ermöglichen. Wir müssen ebenso Fachkräfte aus anderen Regionen für Leben und Arbeit in Brandenburg gewinnen. Dazu gehört auch eine Fachkräftezuwanderung aus dem Ausland.

Wirtschaftsförderung

- Die Unternehmen in unserem Land sind die Quelle unseres Wohlstandes. Wir werden sie weiter fördern und in ihrer Wettbewerbsfähigkeit unterstützen.
- Das Herzstück unserer Wirtschaftspolitik sind die Ansiedlung von Industriebetrieben sowie die Modernisierung und der klimaneutrale Umbau unserer ansässigen Betriebe. Dadurch stärken wir Wohlstand, Wertschöpfung und gut bezahlte Arbeitsplätze für die Zukunft. Sie sollen bestehende Wertschöpfungsketten ergänzen.
- In diesem Sinne werden wir die Wirtschaftsförderung Brandenburg dahingehend stärken, um gemeinsam mit den Kommunen die Entwicklung strukturpolitisch bedeutsamer Gewerbeflächen voranzubringen und kommunale, universitäre oder unternehmensnahe Innovationsorte zu entwickeln. Die seit einigen Jahren verstärkte Kooperation der Wirtschaftsförderung Brandenburg mit den regionalen Wirtschaftsfördergesellschaften wollen wir weiterführen, um so unsere Bestandsunternehmen wirksam und effizient unterstützen zu können.
- Rund 80 Prozent unserer Unternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte. Diese Klein- und Kleinstunternehmen wirken seit vielen Jahren in der Fläche des Landes und sind so für viele Brandenburgerinnen und Brandenburger das lokale und regionale Gesicht unserer Wirtschaft. Das betrifft Handwerksunternehmen, Dienstleister, aber ebenso die Hotels und Gaststätten. Deshalb werden wir auch weiter darauf achten, dass gerade hier Wettbewerbs-, aber auch Innovationsfähigkeit erhalten bleiben und gestärkt werden.
- Wir werden die Genehmigungsbehörden weiter personell verstärken, um Planungs- und Genehmigungsverfahren zum Umbau der Wirtschaft deutlich zu beschleunigen. Dadurch geben wir ihnen die notwendige Planungssicherheit.
- Zur Stärkung der Wirtschaft werden wir Bürokratie abbauen und Genehmigungen vereinfachen. Wir wollen maximale Bearbeitungszeiten für Genehmigungen festlegen. Zudem soll es schnelle Rückmeldungen geben, ob alle notwendigen Unterlagen vorliegen.
- Einen zentralen Grundpfeiler der brandenburgischen Wirtschaft bildet das Handwerk mit seinen fast 40.000 Betrieben und mehr als 160.000 Erwerbstätigen. Das Handwerk trägt nicht nur zur Wertschöpfung bei, sondern kümmert sich wie kaum ein anderer Bereich um die Ausbildung junger Menschen. Wir werden das Handwerk weiter bei den großen Herausforderungen wie der Digitalisierung und der Sicherung von Auszubildenden und Fachkräften unterstützen.
- Von großer, auch symbolischer Bedeutung ist im Handwerk der Meisterabschluss. Der Meister steht für Qualität im Handwerk und ist oft die Voraussetzung, ein Handwerksunternehmen gründen oder übernehmen zu können. Wir setzen uns auf Bundesebene weiter dafür ein, die Fortbildungskosten für den Meisterabschluss abzuschaffen. Damit wollen wir die Meisterausbildung dem Studium an einer Hochschule gleichstellen. Das bewährte Instrument der Meistergründungsprämie werden wir fortführen.

- Berlin und Brandenburg sind ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, der noch erhebliche Potenziale bietet. Daher werden wir die gemeinsame Innovationsstrategie Berlin-Brandenburg weiterentwickeln.
- Der Tourismus in Brandenburg ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Er leistet einen erheblichen Beitrag zur regionalen Wertschöpfung, sorgt für Lebensqualität und trägt maßgeblich zum Erhalt von Infrastrukturen im ländlichen Raum bei. Gemeinsam mit dem Tourismusmarketing Brandenburg, den Verbänden und Unternehmen werden wir Brandenburg als wachsende Tourismusregion weiter fördern und ausbauen.
- Wasserstoff spielt eine Schlüsselrolle für den Wandel hin zur kohlenstoffarmen Wirtschaft, er wird entscheidend zur Klimaneutralität des Landes beitragen.
- Brandenburg ist Land des Films und der Medien. Das Filmstudio Babelsberg trägt erheblich zur internationalen Bekanntheit unseres Bundeslandes bei. Zudem mobilisiert die Medienwirtschaft erhebliche Investitionen. Daher werden wir den Filmstandort Babelsberg auch in den kommenden Jahren unterstützen und sichern.

Arbeits- und Fachkräfte

Der Mangel an Arbeitskräften, insbesondere qualifizierten Fachkräften, ist im Zuge der Coronapandemie deutlich spürbar geworden. Die demografische Entwicklung führt mittlerweile dazu, dass Nachwuchs und Zuzug von Arbeitskräften allein nicht mehr ausreichen, um den Arbeits- und Fachkräftebedarf zu decken.

- Deshalb werden wir den gemeinsamen Arbeitsmarkt in der Hauptstadtregion mit abgestimmten Fach- und Arbeitskräftemaßnahmen voranbringen.
- Wir werden die Gewinnung von Fachkräften ganzheitlich angehen. Dazu zählen Wohnraum, die soziale Infrastruktur, das Zusammenwirken von Alteingesessenen und Zugezogenen. Wir wollen mehr Absolventinnen und Absolventen unserer Hochschulen für Leben und Arbeit in Brandenburg gewinnen. All das werden wir mit einer gezielten Anwerbeoffensive flankieren.
- Brandenburg soll weiterhin als Ausbildungsstandort attraktiv bleiben. Wir wollen verstärkt auch länderübergreifend Jugendliche, insbesondere mit Blick auf Berlin, für Ausbildungsplätze gewinnen. Dazu werden wir auch mehr Plätze in Azubiwohnheimen anbieten und die dortige Miete deckeln.
- Geflüchtete werden wir noch konsequenter in den Arbeitsmarkt integrieren. Wer sein eigenes Geld verdienen kann, soll das auch tun. Dazu muss im Bereich der Zuwanderung die Arbeitsaufnahme ab dem ersten Tag möglich sein. Programme wie der „Spurwechsel“ werden gezielt gefördert. Zudem müssen ausländische Abschlüsse und fachliche Qualifikationen unbürokratisch anerkannt und unkompliziert Fort- und Ausbildungsangebote wahrgenommen werden.

- Die berufliche Weiterbildung ermöglicht die Erschließung von neuen Berufsfeldern für die Beschäftigten und neue Einsatzmöglichkeiten für die Unternehmen. Dieses Potenzial wollen wir stärker nutzen.
- Wir fördern die berufliche Teilhabe und gleichwertige Karrierechancen von Frauen. Wir werden Maßnahmen ergreifen, um Frauen von unbezahlter Sorgearbeit zu entlasten und eine volle Erwerbstätigkeit bei gleichem Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit besser zu ermöglichen.

3. Brandenburg ist stark, weil wir den Menschen ein Mobilitätsversprechen geben.

Brandenburgs Bevölkerung wächst und nicht zuletzt damit wachsen auch die Anforderungen der Menschen an die Verkehrsinfrastruktur ihres Landes. Bürgerinnen und Bürger brauchen ein planbares Angebot im öffentlichen Verkehr, um mobil zu bleiben und um eine Alternative zur ausschließlichen Pkw-Nutzung zu haben, und zwar überall. Wir wollen, dass Mobilität und Erreichbarkeit in der Fläche des Landes Brandenburg gewährleistet werden. Dafür unterstützen wir alle Verkehrsmittel.

Zugleich ist klar: Pendlerinnen und Pendler bringen Einkommen und Steuereinnahmen ins Land und sind damit wichtiger Teil der wirtschaftlichen Basis unseres Landes. Ausgaben für gute Erreichbarkeit aller Teile des Landes mit möglichst nachhaltig betriebenen Verkehrsmitteln sind Investitionen in unsere Zukunft.

- Wir werden das Schienenausbau-Programm i2030 zusammen mit Berlin, dem Bund und der Deutschen Bahn AG weiter vorantreiben und die Einzelstrecken möglichst schnell realisieren. Als Erweiterung von i2030 werden wir einen Schienen-Masterplan für das ganze Land Brandenburg erstellen und mit Berlin und den anderen angrenzenden Bundesländern abstimmen. Im Ergebnis sollen Takte und Fahrzeiten für große Teile des Landes Brandenburg besser werden. Ebenso werden die Bahnhöfe barrierefrei.
- Wir setzen uns gegenüber dem Bund dafür ein, dass die Ostbahn in den vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplanes aufgenommen wird.
- Schnell realisierbare und bald fahrplanwirksame Verbesserungen werden wir wo immer möglich umsetzen. Dazu gehört auch die Reaktivierung von Schienenverbindungen überall dort, wo es klare verkehrliche und wirtschaftliche Vorteile gegenüber dem Bus gibt.
- Das Angebot im Schienenpersonennahverkehr haben wir 2022 deutlich erweitert. In einem nächsten Schritt wollen wir erreichen, dass an allen Bahnhöfen im Land mindestens einmal je Stunde ein Zug abfährt – aktuell trifft das bereits auf 84 Prozent der Bahnhöfe zu. In abgestimmter Taktung müssen diese Bahnhöfe auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreichbar sein.

- Wir haben gesetzliche Mindestbedienstandards für den öffentlichen Personennahverkehr festgelegt. Mit einer großen finanziellen Kraftanstrengung wollen wir sie gemeinsam mit den Kommunen und Verkehrsunternehmen mit Leben erfüllen. Alle Gemeinden sollen mindestens im Stundentakt an größere Gemeinden und Bahnhöfe angebunden werden. An jedem Wochentag muss der öffentliche Personennahverkehr verlässlich nutzbar sein, ohne unnötige Umwege in Kauf nehmen zu müssen.
- Das Angebot der PlusBus-Linien wird ausgebaut.
- Das Deutschlandticket ist ein Meilenstein für die Mobilität in Deutschland. Wir wollen, dass Menschen im Freiwilligendienst ein kostenloses Deutschlandticket erhalten. Das bestehende Azubiticket für das Tarifgebiet des VBB werden wir wie das Studierendenticket auf das Deutschlandticket umstellen.
- Wir setzen uns weiterhin für ein Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 6:00 Uhr ein. Die Schallschutzprogramme werden weiter umgesetzt. Wir lehnen auch künftig eine dritte Start- und Landebahn am Flughafen BER ab. Die Arbeit der Fluglärmkommission werden wir weiter absichern.

Straßen- und Fahrradverkehr

- Als Flächenland ist Brandenburg auf ein gut ausgebautes Straßennetz angewiesen. Unsere Landesstraßen sind zentrale Verkehrswege. Wir werden die Bemühungen zum Erhalt der Landesstraßen intensivieren.
- Um die Zahl der Lkw auf den Straßen zu verringern, fördern wir den Schienengüterverkehr. Wir werden den Neubau bzw. die Reaktivierung von Gleisanschlüssen unterstützen. Gewerbe- und Industriegebiete sollen über die Schiene oder nahegelegene Umschlaganlagen bedienbar werden.
- Wir fördern den kombinierten Verkehr, also die flexible Verladung von Gütern zwischen Schiene und Straße, durch Aus- und Neubau von Umschlaganlagen. Diese Variante des Güterverkehrs ist nicht nur klimaschonender als der reine Straßentransport, sie ist gerade bei grenzüberschreitendem Verkehr oft kostengünstiger. Dazu gehört auch der Ausbau der Schieneninfrastruktur mit dem Ziel höherer Kapazität für den Güterverkehr.
- Im Personenverkehr schaffen wir mehr „Park & Ride“-Anlagen, um den Umstieg auf andere Verkehrsmittel zu erleichtern.
- Für die zunehmende Zahl von elektrischen Pkw braucht es eine gute Ladeinfrastruktur. Wir werden die Kommunen dabei unterstützen, in Zusammenarbeit mit den regionalen Energieversorgern Konzepte zum Ausbau der Ladeinfrastruktur zu entwickeln.
- Wir wollen, dass die verschiedenen Verkehrsteilnehmergruppen gleichberechtigt betrachtet und entwickelt werden.

- Wir wollen in Zusammenarbeit mit den Kommunen und Berlin einen landesweiten Radverkehrsplan erstellen. Das Ziel ist es, ein landesweites Netzwerk von Fahrradverbindungen zu schaffen.
- An Bahnhöfen und Bushaltestellen sollen sichere Fahrradabstellplätze und Fahrradparkhäuser eingerichtet werden.
- Der touristische und Freizeitradverkehr soll weiter ausgebaut werden und mit der Planung des Alltagsradverkehrs verknüpft werden.

4. Brandenburg ist stark, weil wir den digitalen Wandel gestalten.

Digitalisierung ist ein Prozess, der nahezu alle Lebensbereiche der Brandenburgerinnen und Brandenburger umfasst. Die Gestaltung dieses Wandels betrachten wir als eine Kernaufgabe unserer Politik. Dazu braucht es die Vermittlung digitaler Kompetenzen, die insbesondere in Schule, Ausbildung und Hochschule frühzeitig geleistet werden kann. Digitale Teilhabe ist eine Grundvoraussetzung, damit alle Menschen gleichermaßen am gesellschaftlichen Leben mitwirken können. Laut Netzanbietern ist in Brandenburg eine 5G-Netzabdeckung von über 90 Prozent erreicht. Über 54 Prozent der Haushalte haben einen Glasfaseranschluss – Platz 3 unter allen Bundesländern und eine Verdoppelung zum Jahr 2022. Auch beim Anschluss aller Schulen ans schnelle Internet geht es in Meilenschritten voran.

Der Einsatz künstlicher Intelligenz wird viele Lebensbereiche grundlegend verändern. Dabei gilt es, die Chancen ebenso wie die Herausforderungen zu verstehen, anzunehmen und den Einsatz so zu gestalten, dass er für alle Brandenburgerinnen und Brandenburger gewinnbringend sein kann und Diskriminierung ausschließt. Das betrifft den Einsatz am Arbeitsplatz ebenso wie in Bildungseinrichtungen, in Pflege und Medizin, in der Landwirtschaft oder im Verkehr.

- Die Digitalisierung erfasst alle Bereiche. Wir werden die damit verbundenen Prozesse weiter aktiv gestalten.
- Wir werden die Landesverwaltung umfassend digitalisieren. Das betrifft sowohl Angebote für Bürgerinnen und Bürger als auch interne Prozesse und die Datennutzung.
- Wir werden die Daseinsvorsorge und Wertschöpfung insbesondere im ländlichen Raum durch die Digitalisierung von Prozessen und Zugängen ausbauen.
- Wir werden die Förderung des Lokaljournalismus als Teil der voranschreitenden Digitalisierung der Medienlandschaft fortsetzen.
- Wir werden die flächendeckende Versorgung mit Breitband im ganzen Land sicherstellen. Auch beim Mobilfunk muss es zu tatsächlichen Verbesserungen kommen. Hierauf werden wir im Rahmen der Möglichkeiten der Landesebene drängen.

III. Für eine starke Gemeinschaft

1. Brandenburg ist stark, weil wir Familien unterstützen und entlasten.

Die Familie bildet den Mittelpunkt im Leben der meisten Menschen. In der Familie lernen sie Gemeinschaft kennen und leben sie. In der Familie übernehmen sie Verantwortung für andere Menschen. Familien in all ihrer Vielfalt sind damit die Keimzelle der Gesellschaft. Sie verdienen daher Schutz und Förderung des Staates.

In den vergangenen Jahren haben wir Familien insbesondere von finanziellen Belastungen befreit. So haben wir seit 2018 schrittweise die Elternbeiträge für den Kindergarten abgeschafft. Rund 79.000 Brandenburger Kinder und ihre Familien profitieren davon. Zudem haben wir mit dem Brandenburg-Paket Familien mit niedrigen und mittleren Einkommen vollständig von Elternbeiträgen in Krippe, Kindergarten und Hort entlastet. Die darüberliegenden Einkommensgruppen werden durch die Deckelung der Beiträge vor zu hohen und steigenden Beiträgen geschützt.

- Diesen Weg werden wir fortsetzen. Damit sind zwei Drittel der Eltern – allen voran die mit kleinen und mittleren Einkommen – vollständig von den Elternbeiträgen befreit und die übrigen Eltern zahlen einheitlich gedeckelte Beiträge. In einem nächsten Schritt werden wir alle verbleibenden Elternbeiträge in der Krippe und dann im Hort abschaffen. Damit entlasten wir nicht nur Familien, sondern machen einen weiteren Schritt hin zu einer vollständig kostenfreien Bildung im Land. Wir setzen uns dafür ein, dass das Kita- und Schulessen für Eltern bezahlbar bleibt.
- Neben finanzieller Entlastung brauchen Familien Betreuungs- und Beratungsangebote. Hier spielen die Familienzentren eine wichtige Rolle. Der Auf- und Ausbau von Familienzentren im Land Brandenburg ist einzigartig. Wir wollen diese Struktur erhalten und entsprechend den Bedarfen nach Sozialindex stärken. Ein Schwerpunkt der Hilfen vor Ort sollte die Beratung von jungen Familien und insbesondere jungen Müttern sein, damit ein guter Start ins gemeinsame Leben gelingt.
- Für die Kinderbetreuung steht den Familien schon heute ein breites und gut ausgebautes Netz von Kitas und Horten zur Verfügung. Um auch künftig genug Kitaplätze zur Verfügung stellen zu können, unterstützen wir die Kommunen beim Bau von Kitas mit einem kommunalen Investitionsprogramm mit dem Ziel, ein flächendeckendes und wohnortnahes Angebot von Krippe bis Hort zu gewährleisten. Zudem setzen wir den Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung in der Grundschule um. So werden bis zum Schuljahr 2026/2027 die Angebote ausgebaut und damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie noch einmal gestärkt.

2. Brandenburg ist stark, weil alle Kinder und Jugendliche die bestmögliche Bildung erhalten.

Bildung ist nicht auf Schule und Unterricht begrenzt. Sie beginnt längst vor der Einschulung und hört nicht mit dem Schulabschluss auf. Bildung findet jeden Tag statt, dort, wo Menschen zusammenkommen, aufeinander achten und voneinander lernen: in Familien, in Vereinen oder Freizeiteinrichtungen – Orten des Gemeinwohls und der Gemeinschaft. Bildung muss unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Wohnort oder Einkommen garantiert sein. Bildung braucht Stabilität und gesicherte Strukturen. Denn nur Bildung ermöglicht allen Kindern den Aufstieg – von der Kita über die Schule, das Studium oder die Berufsausbildung. Diesem Gedanken fühlen wir uns zutiefst verpflichtet. Zugleich ist es dieses Aufstiegsversprechen, das Brandenburg stark macht.

Kitas und frühkindliche Bildung

Fast jedes Kind in Brandenburg besucht bis zum Schulanfang eine Kita. Kita ist ein Bildungsort für Kinder und ermöglicht die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Was Kinder in diesen ersten Jahren lernen, welche Erfahrungen sie machen und welche Unterstützung sie erleben, ist prägend für ihr weiteres Leben und beeinflusst ihre Bildungschancen nachhaltig. Qualität in der frühkindlichen Bildung ist daher für uns zentral. Jedes Kind hat den Anspruch auf eine gute und kindgerechte Bildung von Anfang an.

- Dazu verbessern wir Schritt für Schritt die Personalbemessung in der Kindertagesbetreuung. Seit 2020 haben wir die finanziellen Mittel für 2.200 zusätzliche Stellen in Krippen und Kindergärten geschaffen. Aktuell steht besonders die Fachkräftesicherung und -gewinnung im Mittelpunkt. Wir werden die Betreuungsqualität von Krippe, Kindergarten und Hort weiter verbessern.
- Wir setzen die Programme zur Sprachbildung in Kitas fort und entwickeln sie weiter.
- Wir werden die Aufgaben der Kitaleitung stärker bei der Personalbemessung berücksichtigen. Dadurch soll mehr Zeit für Konzeptarbeit, Begleitung der pädagogischen Arbeit, Kinderschutzfragen, Beschwerdeverfahren sowie die Elternarbeit zur Verfügung stehen.
- Erzieherinnen und Erzieher sollen grundsätzlich immer in Vollzeit arbeiten können. Verpflichtende Teilzeit wollen wir unterbinden.
- Um die Qualität zu verbessern, muss auch das notwendige Personal gefunden werden. Daher setzen wir uns für verbesserte Ausbildungsmöglichkeiten sowie für den leichteren Einstieg von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern ein. Wir wollen 500 Plätze für die praxisintegrierte Ausbildung schaffen. Die Rahmenbedingungen für Plätze im freiwilligen sozialen Jahr an Kitas wollen wir verbessern. Außerdem sollen Erzieherinnen und Erzieher durch die

Unterstützung von Verwaltungskräften und technischem Personal mehr Zeit für die Arbeit mit den Kindern haben. Die Fach- und Praxisberatung werden wir ausbauen.

- Wir wollen auch die grundständige Erzieherausbildung modernisieren. Gemeinsam mit den anderen Bundesländern und dem Bund beraten wir, wie die Ausbildung attraktiver gestaltet werden kann. Dazu wollen wir auch die Ausbildungsdauer von insgesamt 5 auf 4 Jahre verkürzen.
- Kinder mit besonderen Förderbedarfen sollen unkompliziert eine Kita besuchen können. Wir setzen uns dafür ein, dass die Inklusion im Kitabereich weiter voranschreitet.
- Um die Arbeit der Kitas zu vereinfachen, wollen wir den rechtlichen Rahmen reformieren. Es soll weniger und nicht mehr Normen geben. Die Zuständigkeiten sollen eindeutig geregelt sein.

Schule

Die Qualität der Schulen hängt vor allem anderen von den Lehrkräften ab. Deshalb binden wir unsere Lehrkräfte bestmöglich an unser Land und entlasten sie von nicht pädagogischen Aufgaben. Wie alle Bundesländer muss aber auch Brandenburg große Anstrengungen unternehmen, um genug neue Lehrerinnen und Lehrer zu gewinnen. Dabei setzen wir auf einen Dreiklang aus verstärkter Ausbildung, Qualifizierung bei Quer- und Seiteneinstieg sowie Reaktivierung von pensionierten Lehrkräften:

- Wir haben die Ausbildungskapazitäten an der Universität Potsdam auf über 1.000 Plätze pro Jahr erhöht.
- In der Ausbildung von jungen Lehrerinnen und Lehrern haben wir einen ganz neuen Weg eingeschlagen. An der BTU Cottbus-Senftenberg haben wir in Rekordzeit einen innovativen dualen Lehramtsstudiengang geschaffen. Seit 2023 werden dort junge Menschen zu Grundschullehrkräften ausgebildet. Die angehenden Lehrkräfte sammeln von Anfang an begleitend zum Studium wertvolle Praxiserfahrung an Schulen. Dieses Prinzip werden wir ausweiten, sodass das Lehramtsstudium praxisorientierter und attraktiver wird. Während des dualen Studiums erhalten die Studierenden eine angemessene Vergütung.
- An beiden Standorten für Lehrerbildung werden wir entsprechend dem Bedarf und der Studiennachfrage die Ausbildungskapazität weiter erhöhen.
- Wir werden mit einer gezielten Werbekampagne bundesweit nach Lehrkräften suchen. Dabei gehen wir auch unkonventionelle Wege.
- Es wird die kommenden Jahre jedoch weiterhin auch den Quer- und Seiteneinstieg ins Lehramt brauchen. Mit der Qualität seiner Seiteneinsteigerausbildung ist Brandenburg bereits heute führend in Deutschland. Darauf werden wir weiter aufbauen. Wir werden uns weiter für Maßnahmen einsetzen, die keine Abstriche bei der Qualität der Ausbildung machen, aber ganz praktisch für viele qualifizierte Menschen den Einstieg in den

Lehrerberuf erleichtern. Unnötige Hürden – wie ein Zweitfachstudium – werden wir abbauen und eine angemessene Bezahlung sicherstellen.

- Wir werben auch um erfahrene Lehrkräfte. In den kommenden Jahren erreichen viele Lehrkräfte das Alter, in dem sie in den Ruhestand gehen können. Diese Pädagoginnen und Pädagogen sind ein wertvoller Schatz für unser Bildungssystem! Im Jahr 2023 haben wir bereits mit dem Programm 63+ einen ersten Schritt unternommen, um ihnen attraktive Angebote zu machen. Wir werden weitere Programme auf den Weg bringen, die sicherstellen, dass ältere Lehrkräfte ihre Expertise und ihr Engagement weiterhin für eine qualitativ hochwertige Bildung in unserem Land einbringen können. Dazu ermöglichen wir die Vereinbarkeit von Zuverdienstmöglichkeiten neben der Pension und machen flexible und individuelle Angebote.
- Um für alle ländlichen Regionen genug ausgebildete Lehrkräfte zu gewinnen, haben wir das sogenannte Landlehrerstipendium eingeführt. Jährlich werden etwa 40 Stipendien an Lehramtsstudierende vergeben, wenn sie sich verpflichten, nach ihrem Studium eine Lehrtätigkeit an einer solchen Bedarfsschule aufzunehmen.
- Wir setzen uns dafür ein, dass in der Lehrkräfteausbildung und -weiterbildung die Demokratiebildung und die Bildung nachhaltiger Entwicklung eine größere Rolle spielen.

Zum Wohle der Schülerinnen und Schüler muss die Qualität des Schulsystems immer im Fokus stehen. Sie bildet den Schwerpunkt unserer Bildungspolitik. In diesem Sinne arbeiten wir stetig an der Qualität des Unterrichtes sowie an der Stärkung der Schulen.

- Wir nehmen die Förderung sprachlicher und mathematischer Kompetenzen an Grundschulen besonders in den Fokus und werden den Unterricht in diesen Fächern verstärken. Begleitend zum Leseband führen wir auch das Rechenband ein. Die Fortbildungsangebote für Lehrkräfte richten wir gezielt danach aus.
- Wir führen verbindlichere Lehrpläne ein, damit an den jeweiligen Schulformen ähnliche Unterrichts- und Leistungsstände bestehen. Das erleichtert Schülerinnen und Schülern auch den Schulwechsel.
- Wir werden alle Schulen von bürokratischen Aufgaben und Entscheidungen entlasten. Schritt für Schritt wollen wir alle Schulen im Land Brandenburg durch Verwaltungsstellen unterstützen, um sie von Verwaltungsaufgaben zu entlasten.
- Für die erfolgreiche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler braucht es eine funktionierende Schulsozialarbeit. Wir werden die Schulsozialarbeit am Ort Schule stärken. Unser Ziel ist, dass es an jeder Schule eine Stelle für Schulsozialarbeit gibt.
- Schulen, an denen besonders viele Schülerinnen und Schüler größere Förderbedarfe haben, brauchen intensivere Unterstützung. Hierbei werden wir anhand sozialer Kennzahlen vorgehen und eine flexiblere Personalzuweisung ermöglichen.

- Zusätzlich zur pädagogischen Förderung werden wir das Schulbudget weiter ausbauen. Das Schulbudget ist unbürokratisch und stärkt die Eigenverantwortlichkeit der Schulleitungen. Dieses Budget bringt zusätzliche personelle und auch finanzielle Unterstützung per Sozialindex an genau die Schulen, die besondere Bedarfe haben. Denn Kinder und Jugendliche sind mehr als Schülerinnen und Schüler und das soziale Lernen eine wesentliche Voraussetzung für einen erfolgreichen Schulweg.
- Wir werden ein Landesinstitut für Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung aufbauen. Es wird die Herzkammer guter Bildung in Brandenburg sein. Wir bündeln Ausbildungs-, Qualifizierungs- und Fortbildungsangebote. Das schafft Synergien und wird die Unterrichtsqualität spürbar verbessern. Das neue Landesinstitut wird die Angebote zentral steuern und noch mehr Angebote in die Fläche Brandenburgs und damit bedarfsgerecht in die Regionen bringen.
- Gute Bildung braucht auch moderne und gut ausgestattete Schulgebäude. Wir werden das „Kommunale Investitionsprogramm Bildung“ fortsetzen und die Kommunen so bei ihren Aufgaben unterstützen. Um den Schulbau zu beschleunigen, wollen wir die Genehmigung von Typenbauten ermöglichen.
- Das digitale und analoge Lernen muss Hand in Hand gehen. Ausbildung, Ausstattung und Unterrichtsinhalte werden wir nach diesen Leitlinien ausgestalten. Dafür ist die weitere Anschaffung von einheitlichen Endgeräten, Software und die Sicherung der dazugehörigen Wartungsverträge notwendig. Ebenso definieren wir, wie KI-Anwendungen in den Unterricht eingebunden werden können.
- Wir werden für alle Schülerinnen und Schüler der Schulen und Berufsschulen eine Landeslizenz für eine Software zum selbstständigen Erlernen einer Zweitsprache beschaffen. Sie kann zur Vertiefung schulischer Anforderungen oder zum eigenständigen Erlernen einer Zweitsprache genutzt werden.
- Die Inklusion und das gemeinsame Lernen werden wir fortsetzen. Schülerinnen und Schüler mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf sollen gemeinsam in einer Klasse lernen.
- Wir wollen, dass alle Jugendlichen die Chance auf berufliche Bildung erhalten und ideale Lernbedingungen für die eigene Entwicklung vorfinden. Deswegen werden wir Unterstützungsangebote an Oberstufenzentren ausbauen, die Jugendliche ohne eine Anschlussperspektive in den Fokus nehmen. Wir werden die Bildungsgänge der Berufsfachschule Grundbildung und Grundbildung-Plus neu organisieren, damit sie praxisnah – mit verpflichtenden Praktika – auf eine Ausbildung vorbereiten. Flankierend soll in den Prozess der beruflichen Orientierung in allgemeinbildenden Schulen die Expertise der Oberstufenzentren eingebunden werden.
- Die Schulen sollen die Kinder und Jugendlichen stärker auf praktische Probleme des Lebens, wie Miet- und Arbeitsverträge, vorbereiten.
- Wir schaffen wieder eine Berufsschullehrer-Ausbildung in Brandenburg. Das ist auch eine Chance für erfahrene Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger im Alter

von 50 Jahren oder älter, die aus gesundheitlichen Gründen keine körperlich anspruchsvollen Arbeiten mehr verrichten können.
- Wir werden Schulstandorte im ländlichen Raum weiterhin sichern.

Kinder- und Jugendpolitik

- Wir werden die Jugendarbeit weiterentwickeln. Beim Personalkostenzuschuss soll das Land zukünftig 25 Prozent der tatsächlichen Aufwendungen übernehmen.
- Wir werden die Freiwilligendienste stärken und die Rahmenbedingungen verbessern, indem zum Beispiel das freiwillige soziale Jahr für die spätere Ausbildungszeit anerkannt wird. Zudem setzen wir uns für eine Erhöhung des Taschengeldes für die Freiwilligen ein.
- Wir werden weiterhin die Kinder- und Jugendbeteiligung in unserem Land stärken. In der Kommunalverfassung und durch das neue Kinder- und Jugendgesetz sind die Anfänge dafür gemacht. Zukünftig werden wir uns für Rede- und Antragsrecht der Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen in den kommunalen Parlamenten einsetzen.
- Der Landesjugendplan wird weiterentwickelt und die Inflationsrate des letzten Jahres wird mit der Förderung ausgeglichen, sodass sie den realen Bedingungen angepasst ist. Wir stärken somit die Jugendarbeit, die Jugendverbandsarbeit und die Jugendsozialarbeit.

3. Brandenburg ist stark, weil Wissenschaft hier Zukunft macht

Die Hochschulen des Landes Brandenburg haben einen großen Anteil an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung unseres Landes. Einerseits sind sie unverzichtbar für die Gewinnung von qualifizierten Fachkräften. Andererseits sind es ihre Forschungen, die die Voraussetzungen für eine moderne Wirtschaft und Arbeitswelt schaffen. Wir sind überzeugt: Wissenschaft und Forschung sind eine Grundbedingung für unseren Wohlstand von morgen.

- Unsere Hochschulen sind Garanten für ein zukunftsfähiges Brandenburg. Wir werden den erfolgreichen Weg des Ausbaus der Hochschulfinanzierung fortsetzen und jedes Jahr zusätzlich 5 Millionen Euro für die Grundhaushalte zur Verfügung stellen. Dadurch geben wir ihnen Planungssicherheit und Stabilität.
- Wir werden den Aufbau des Innovationszentrums Universitätsmedizin Cottbus entschlossen umsetzen. Der Aufbau der staatlichen Universitätsmedizin wird unser Land als Wissenschafts- und Forschungsstandort nachhaltig stärken und gleichzeitig die medizinische Versorgung der Region verbessern. Dazu bauen wir einen einmaligen Knotenpunkt zur medizinischen Versorgung und

wissenschaftlichen Lehre und Forschung für unser Gesundheitswesen in der Lausitz auf.

- Wir sind stolz auf unsere Forschungseinrichtungen. Wir unterstützen eine engere Kooperation mit den Hochschulen und nutzen die vorhandene Expertise konsequent für eine faktenbasierte Politikberatung.
- Brandenburg ist bundesweit Vorreiter bei der Energiewende. Zugleich sind die Folgen des Klimawandels in kaum einem anderen Land so sichtbar wie bei uns. Wir werden die Klima-, Energie- und Umweltforschung stärken.
- Einen besonderen Mehrwert entwickeln Wissenschaft und Forschung, wenn es gelingt, Forschungsergebnisse praxistauglich zu machen. Deshalb bauen wir Innovationsorte wie den Potsdam Science Park in Golm, den Lausitz Science Park in Cottbus und die Hochschule Wildau (dahme innovation) aus. Wir vernetzen sie und fördern neue Innovationsorte. Wir unterstützen damit auch Ausgründungen und Start-ups.
- Gerade kleine und mittlere Unternehmen sind darauf angewiesen, dass es niedrigschwellige Zugänge für den Wissenstransfer aus Universitäten und Hochschulen für sie gibt. Diese Verbindung wollen wir verbessern.
- Wir werden die Hochschulen bei Neubauten und Sanierungsmaßnahmen weiter unterstützen. Wir wollen den Hochschulen möglichst viel Flexibilität und Planungssicherheit geben, die neuartige Partnerschaften mit privaten Unternehmen einschließt.

4. Brandenburg ist stark, weil wir Pflege und Gesundheitsversorgung im ganzen Land sichern.

Stabilität und Perspektiven brauchen soziale Sicherheit. Dazu gehört, sich überall im Land auf die medizinische und pflegerische Versorgung verlassen zu können.

Daher haben wir enorme finanzielle Anstrengungen unternommen, um die Krankenhausstandorte in Brandenburg zu erhalten und zu stärken. Dazu zählen 110 Millionen Euro pro Jahr für Investitionskosten und weitere rund 20 Millionen Euro für die Kofinanzierung von Bundesmitteln. Hinzu kommt zusätzliche Unterstützung für die Krankenhäuser in Höhe von 82,45 Millionen Euro aus dem Corona-Hilfsfonds für notwendige Investitionen und Baumaßnahmen im Jahr 2022 sowie aus dem „Brandenburg-Paket“ in Höhe von 95 Millionen Euro jeweils für die Jahre 2023 und 2024. Kein Bundesland investiert pro Kopf mehr in seine Krankenhäuser als Brandenburg. Wir sichern damit insbesondere die Notfallversorgung vor Ort.

Unser oberstes Ziel ist die Verbesserung der Qualität der Versorgung sowohl im stationären wie ambulanten Bereich. Angesichts der besonderen finanziellen Herausforderungen setzen wir uns insbesondere für den Erhalt eines breiten Netzes von

Geburtskliniken und haus- und fachärztlicher Versorgung sowie ausreichend Hebammen ein. Diese Grundversorgung darf nicht aus wirtschaftlichen Gründen beschnitten werden.

Gesundheit und Krankenhäuser

- Statt der bisher festen Fördersumme von 110 Millionen Euro pro Jahr stellen wir unseren Krankenhäusern künftig jährlich 200 Millionen Euro bereit, um eine breite stationäre medizinische Versorgung im Land sicherzustellen.
- Wir werden kommunale Krankenhäuser weiterentwickeln und dazu kommunale Klinikverbünde fördern. Dadurch sollen sich die Krankenhäuser wirtschaftlich und hinsichtlich verschiedener Spezialisierungen unterstützen können.
- Wir werden den schon laufenden Prozess der Schaffung eines Innovationszentrums Universitätsmedizin Cottbus in der Lausitz als Modellregion für neue Ansätze zur Gesundheitsversorgung gemeinsam mit allen Akteurinnen und Akteuren auch im ambulanten Bereich vorantreiben.
- Wir werden auch die Medizinische Hochschule Brandenburg weiter unterstützen. Sie leistet bereits heute einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der Ärzteversorgung im Land.
- Die Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg werden wir noch stärker zusammenbringen, Synergien der gemeinsamen Hauptstadtregion heben und an der Spitze der Gesundheitsregionen in der Bundesrepublik etablieren.
- Wir setzen noch mehr auf innovative Lösungen der Digitalisierung, zum Beispiel durch die Telemedizin, die elektronische Gesundheitskarte und andere digitale Angebote. Diese können nicht nur den Patientinnen und Patienten, sondern ebenso den Pflege- und Rettungsdiensten, Kliniken, Arztpraxen und Gesundheitsämtern bei der Bewältigung ihrer vielfältigen Aufgaben helfen.
- Wir werden ein Investitionsprogramm „Kommunale medizinische Versorgung“ auflegen. Die vernetzte Versorgung in Gesundheitszentren oder Polikliniken bietet große Chancen insbesondere für den ländlichen Raum. Wir unterstützen die Kommunen dabei, insbesondere die hausärztliche Versorgung sicherzustellen. Dabei soll auch die Schaffung von mehr barrierefreien Praxen ein Kriterium der Fördermittelvergabe sein.
- Wir setzen uns für die bestmögliche Gesundheitsversorgung aller Bevölkerungsgruppen ein. Dafür braucht es einen modernen und personell gut ausgestatteten öffentlichen Gesundheitsdienst. Wir werden ihn weiter stärken und einen Fokus auf Gesundheitsförderung und Prävention legen.
- Die psychotherapeutische Versorgung – insbesondere von Kindern und Jugendlichen – werden wir verbessern. Defiziten in der ambulanten Versorgung soll wirksam begegnet und Wartezeiten auf einen Therapieplatz verkürzt werden.

- Die Anerkennung ausländischer medizinischer Fachkräfte werden wir beschleunigen. Es muss das Ziel sein, dass diese Fachkräfte schneller zur Gesundheitsversorgung beitragen können.
- Um dem Ärztemangel in ländlichen Regionen weiterhin wirksam entgegenzutreten, soll das Landärztestipendium fortgeführt und auf Zahnärztinnen und Zahnärzte ausgeweitet werden. Damit verbunden ist die Verpflichtung, danach fünf Jahre im Land tätig zu sein.
- Zusätzlich entwickeln wir Anreize, um Apothekerinnen und Apotheker für ländliche Regionen zu gewinnen.
- Die Stärkung des medizinischen Studiums und der Weiterbildung ist ein wichtiges Ziel. Dabei wollen wir auch die Krankenhäuser in die Pflicht nehmen, ausreichend Ausbildungsstellen zur Verfügung zu stellen.
- Das Agnes-Programm für Gemeindeschwestern ist seit 2011 ein wirkungsvolles Instrument zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Flächenland Brandenburg. Bisher können nicht alle Versicherten davon profitieren, da nur drei Kassen den Einsatz zahlen. Vor dem Hintergrund einer älter werdenden Bevölkerung und des Ärztemangels auf dem Land setzen wir uns für den Ausbau des Programms für alle Versicherten ein.

Pflege

Ein Meilenstein für eine verbesserte Pflegeversorgung ist der „Pakt für Pflege“. Damit stärken wir die Pflege vor Ort, bauen die Pflegeberatung und pflegerische Versorgungsstruktur aus und unterstützen darüber hinaus die Fachkräftesicherung im Land.

- Wir werden den „Pakt für Pflege“ fortführen und verstetigen. Er hat im ganzen Land pflegerische Unterstützungs- und Beratungsstrukturen gestärkt bzw. neu geschaffen. Da die ambulante und stationäre Pflege den künftigen Bedarf kaum decken wird, ist diese Stärkung der häuslichen Pflege sowie der Pflege im hausnahen Umfeld besonders wichtig. Dabei soll insbesondere der Ausbau der „Nachbarschaftshilfe“ unter Zahlung eines Entlastungsbetrages stärker genutzt werden.
- Die Kosten für einen Pflegeplatz werden für viele Menschen zu einer großen Belastung. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Pflegekosten zu einem Armutsrisiko der Menschen werden. Dafür braucht es auf Bundesebene eine Reform der Pflegeversicherung mit einer Deckelung des Eigenanteils. Wir werden aber auch als Land Brandenburg selbst aktiv. Hierzu werden wir die Eigenbeteiligung der Gepflegten senken, indem wir einen höheren Anteil an den Investitionskosten als Land übernehmen.
- Wir setzen uns für eine bundesweite strenge Begrenzung der Leiharbeit in der Pflege ein.

- Die Ausbildung zum medizinischen Fachangestellten nehmen wir in den Fokus, im Besonderen die Möglichkeiten der Weiterqualifizierung, zum Beispiel zu nichtärztlichen Praxisassistentinnen und -assistenten.
- Die Pflege und Gesundheitsschulen leisten den wesentlichen Beitrag für die Ausbildung der künftigen Fachkräfte in den Gesundheits- und Pflegeberufen. Wir werden sie weiter unterstützen und die Investitionspauschale erhöhen.

5. Brandenburg ist stark, weil wir uns als soziales Land für alle Menschen einsetzen.

Wir sind überzeugt, der Wert einer Gemeinschaft bemisst sich daran, wie solidarisch sie mit Menschen umgeht. Kümmert sie sich um Schwache? Versucht sie Ungerechtigkeiten zu beseitigen? Lässt sie alle Menschen am Leben gleichberechtigt teilhaben? Kurzum, setzt sie sich für alle Menschen ein? Nur wenn sie das tut, lebt sie Solidarität und nur so eine Gemeinschaft ist stark.

Brandenburg ist solidarisch. Das hat es über viele Jahre bewiesen. Brandenburg lässt niemanden zurück. In Brandenburg wird allen Menschen auch – aber nicht nur – in Notlagen geholfen.

Soziales, Gleichstellung, Verbraucherschutz und Teilhabe

- Wir wollen Bürgerservicestellen/Sozialbüros einführen. Sie sollen Service aus einer Hand bieten und die Beratung von Bürgerinnen und Bürgern zu Sozialleistungen aller Rechtskreise in einer Anlaufstelle zusammenfassen. Dabei soll es eine enge Zusammenarbeit mit den Familienzentren geben.
- Die Bekämpfung von Armut, insbesondere bei Kindern, bleibt ein Schwerpunkt unserer Politik. Obwohl Brandenburg unter den Bundesländern die drittgeringste Armutsquote hat, dürfen wir hier nicht nachlassen.
- Menschen sollen bis ins hohe Alter ein aktives und selbstbestimmtes Leben führen können. Daher unterstützen wir die Arbeit des Landesseniorenbeauftragten und setzen wir uns für die Umsetzung der seniorenpolitischen Leitlinien ein. Sie beschreiben für die Bereiche Wohnen, Mobilität, Gesundheitsversorgung, lebenslanges Lernen und Teilhabe die Rahmenbedingungen für ein gutes Leben im Alter.
- Wir wollen die tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in Beruf, Politik und Gesellschaft erreichen. Wir setzen uns daher für eine gerechte Entlohnung, Beteiligung und Partnerschaftlichkeit in Beruf und Familie sowie eine Gesellschaft des gegenseitigen Respekts und Zusammenhalts ein.
- Wir werden weiter gemeinsam mit dem Bund zur Umsetzung der „Istanbul-Konvention“ zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt für

eine bedarfsgerechte Versorgung mit Frauenhäusern, Beratungsstellen und Präventionsangeboten im Land Bandenburg sorgen. Dabei geht es auch um eine kostenfreie Inanspruchnahme, die psychologische Beratung der von Gewalt betroffenen Frauen und Kinder sowie eine adäquate Bezahlung der Angestellten.

- Wir unterstützen weiterhin die Arbeit der Landesgleichstellungsbeauftragten und ihr Zusammenwirken mit den Gleichstellungsbeauftragten im Land Brandenburg.
- Wir stehen ein für ein gleichberechtigtes Leben aller Brandenburgerinnen und Brandenburger, unabhängig von sexueller Orientierung oder Identität. Wir unterstützen das Aktionsprogramm Queeres Brandenburg.
- Wir wollen, dass Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen teilhaben. Dazu gilt es, die Inklusion und Behindertenpolitik in allen Bereichen zu fördern. Dafür bleibt auch weiterhin die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention unsere Richtschnur. Wir werden die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes weiterhin kritisch-konstruktiv begleiten. Wir unterstützen die Arbeit der Landesbehindertenbeauftragten sowie der kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderung.
- Die Verbraucherzentrale Brandenburg leistet eine wertvolle unabhängige Arbeit. Wir wollen diese Arbeit weiterhin finanziell unterstützen. Dies sollte vorzugsweise mehrjährig geschehen, um den Verbraucherzentralen Planungssicherheit zu geben. Die Einführung eines dritten Digi-Mobils könnte dem gestiegenen Beratungsbedarf mit Blick auf gestiegene Lebenshaltungs- und Energiekosten Rechnung tragen.
- Wir werden die Möglichkeit schaffen, Tierheime mit einer Basisförderung kontinuierlich zu fördern.

6. Brandenburg ist stark, weil wir für das Asylrecht einstehen und geflüchtete Menschen bei uns integrieren.

Brandenburg ist ein Land, das für Humanität und Solidarität steht. Deshalb finden Menschen, die Schutz brauchen, in Brandenburg Hilfe. Das haben auch viele Brandenburgerinnen und Brandenburger bewiesen, als sie Zehntausende Geflüchtete aus der Ukraine aufgenommen haben.

Dennoch bereiten vielen Menschen die hohen Migrationszahlen nach Europa und vor allem nach Deutschland Sorgen. Wir begrüßen es daher, dass der Bund mittlerweile mit zusätzlichen Beamtinnen und Beamten an der deutsch-polnischen Grenze im Einsatz ist und auch mobile Grenzkontrollen vornimmt. Wir werden die Zusammenarbeit mit den polnischen Sicherheitsbehörden im Grenzraum weiter ausbauen. Wir wollen so gemeinsam effektiver gegen Schlepperkriminalität vorgehen. Die Landespolizei kann die Bundespolizei bei der Grenzsicherung nur temporär unterstützen, denn sie muss

weiterhin für Ordnung und Sicherheit im ganzen Land sorgen können. Die Grenzsicherung bleibt Kernbereich der bundespolizeilichen Aufgabenwahrnehmung.

Für eine nachhaltige Lösung ist es erforderlich, dass der gefundene Kompromiss für eine gemeinsame europäische Politik in Fragen Asyl und Außengrenzen schnellstmöglich umgesetzt wird. Für die Ermöglichung der Rückführung ausreisepflichtiger Personen müssen zügig Migrationsabkommen geschlossen werden. Diese sichern einerseits die Rückführung. Andererseits schaffen sie Möglichkeiten zur legalen Migration zur Arbeitsaufnahme bei anfänglichem Verzicht auf den Bezug von Sozialleistungen. Das mit Albanien geschlossene Abkommen kann Vorbild für weitere Abkommen sein.

Mit der schnellstmöglichen Einführung einer Bezahlkarte für Asylsuchende modernisieren wir Verwaltungsvorgänge. Mit der Karte sollen alle Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ausgezahlt werden. Damit entlasten wir die Kommunen von Verwaltungsaufwänden und treiben die Digitalisierung voran. Die Bezahlkarte ersetzt den analogen Auszahlungsprozess. Auslandsüberweisungen sind mit ihr nicht möglich, was auch eine mögliche Finanzierung von Schlepperkriminalität auf diesem Wege ausschließt. Die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts werden gewahrt.

Integration

Der beste Weg, für Akzeptanz von Zuwanderung und Integration zu sorgen, liegt in der zügigen Arbeitsaufnahme der Geflüchteten und Asylsuchenden. Brandenburgweit gibt es aktuell allein 24.000 der Arbeitsagentur gemeldete offene Stellen, insgesamt dürften es bis zu doppelt so viele sein. Von daher muss die Arbeitsaufnahme von Geflüchteten und Asylsuchenden schnellstmöglich geschehen. In den ersten Monaten der Asylantragsprüfung kann das auch durch Praktika und Arbeitsgelegenheiten umgesetzt werden. Sprach- und Integrationskurse können durchgeführt werden, sobald sie verfügbar sind. Das Warten auf diese darf aber nicht zum Bezug von Sozialleistungen verdammen – das wollen und können wir uns nicht leisten. Es gefährdet gelingende Integration und belastet unsere Sozialkassen unnötig. Menschen, die seit Jahren auf den Abschluss ihrer Verfahren warten, soll durch Ausbildung und Qualifizierung eine Arbeitsaufnahme zur Entlastung unserer Sozialsysteme ermöglicht werden. So könnte auch die Zahl von benötigten Plätzen in Gemeinschaftsunterkünften reduziert werden.

Die Integrationsbemühungen müssen daher auf die Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung ausgerichtet werden. Auch die Situation auf dem Ausbildungsmarkt zeigt die guten Möglichkeiten dafür. Zum Start des aktuellen Ausbildungsjahres gab es in Brandenburg knapp 2.400 freie Ausbildungsplätze mehr als junge Menschen ohne Ausbildungsplatz. Erfolgreiche Projekte zur Vermittlung in Arbeit und Ausbildung müssen Vorbild für die Arbeit der Jobcenter insgesamt sein.

- Wir wollen das Integrationsbudget und die Migrationssozialarbeit fortsetzen, da sie bei der Integration wichtige Grundpfeiler sind. Auch die Beratungsstelle bei der Integrationsbeauftragten hat sich bewährt und wird fortgeführt.
- Integration ist eine der Schlüsselfragen unserer Zeit. Deshalb muss der oder die Integrationsbeauftragte gemeinsam mit dem zuständigen Ministerium künftig klarere Aufgabenstellungen haben und Möglichkeiten der Umsetzung.
- Ziel jeglicher Integrationsanstrengungen muss die Arbeitsaufnahme sein. Zu uns geflüchtete Menschen müssen schnellstmöglich in den Arbeitsprozess integriert werden. Wenn dies noch in der Zeit der Anerkennungsprüfung stattfindet, können es übergangsweise auch Arbeitsgelegenheiten oder Praktika sein. Deutschlernangebote kann es auch arbeitsbegleitend geben.
- Das Landesaufnahmegesetz wollen wir an die aktuellen Herausforderungen anpassen und in ein neu zu erarbeitendes Landesintegrationsgesetz aufnehmen. Das Integrationsgesetz soll die Ziele des Landes und der kommunalen Familie bei der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund im Sinne eines Systems des „Förderns und Forderns“ definieren. Leistungen und Pflichten der Migrantinnen und Migranten sollen in dem Brandenburger Integrationsgesetz gebündelt werden. Zudem sollen die finanziellen Integrationsleistungen von Bund, Land und EU sinnvoll zusammenführt werden. Deutlich werden soll das Integrationsverständnis Brandenburgs, welches Integration in Arbeit als ressortübergreifende Aufgabe der Landesregierung und der kommunalen Familie versteht.
- Zwingend erforderlich ist die Förderung des Aufbaus bzw. Ausbaus landesweiter kommunaler Integrationsstrukturen unter der Bedingung, kommunale Integrationskonzepte aufzulegen.
- Die schon jetzt vorhandenen Übersetzertools sowie die in den nächsten Jahren hinzukommenden Möglichkeiten der Digitalisierung sollen bei der Integration von Geflüchteten noch stärker genutzt werden. Hierdurch kann beispielsweise die behördenübergreifende Zusammenarbeit verbessert werden. Die Nutzung von KI-Übersetzungstools bietet große Chancen. So sollen das Telefon-, Video- und Dolmetschtool fortgeführt und entfristet werden.
- Die Migrantenorganisationen in Brandenburg leisten einen wichtigen Beitrag für das friedliche Zusammenleben und das gegenseitige Verständnis. Ihre Positionen sollen sich auch in der gesellschaftlichen Debatte widerspiegeln.

7. Brandenburg ist stark, weil unser Land den Menschen ein lebenswertes Zuhause bietet.

Brandenburg wächst. Was vor einigen Jahren noch als unvorstellbar galt, passiert in unserem Land. Viele Menschen und Familien finden in Brandenburg ein neues Zuhause. Die Gründe dafür sind vielfältig. Brandenburg bietet einen Reichtum an Möglichkeiten,

in unserem Land gut und nach eigenen Vorstellungen zu leben. Unsere einzigartige Natur, die unzähligen Seen und Wälder begeistern. Unser reiches Kultur- und Sportangebot bietet viel. Das starke Gefühl der Gemeinschaft und des Zusammenhalts in Brandenburg schafft schnell eine neue Heimat. Nicht zuletzt: In Brandenburg finden die Menschen schnell einen Arbeitsplatz.

Es ist unsere Aufgabe, diese Entwicklung zu gestalten. Manches müssen wir neu ausrichten, anderes müssen wir bewahren. Nur so können wir immer mehr Menschen ein lebenswertes Zuhause in Brandenburg bieten.

Wohnen

- Die Schaffung von ausreichendem und vor allem bezahlbarem Wohnraum gehört zu den großen Herausforderungen der kommenden Jahre. Hierzu brauchen wir die gemeinsame Anstrengung von Bund, Land und Kommunen.
- Die soziale Wohnraumförderung werden wir bedarfsorientiert ausweiten und den Wohnungsbau in Brandenburg weiter mit über 200 Millionen Euro im Jahr fördern. Dazu zählen auch Werkswohnungen und die Förderung von „Jungem Wohnen“ in Azubi- und Studierendenwohnheimen. Unser Ziel ist es, an allen Hochschulstandorten 20 Prozent der Studierenden mit einem Wohnheimplatz versorgen zu können.
- Wir werden den Gemeinden den Erwerb von Grundstücken erleichtern und sie bei der Flächenbevorratung unterstützen. Wir werden den Kommunen weiterhin landeseigene Flächen zum Wohnungsbau und zur Entwicklung der kommunalen Infrastruktur zur Verfügung stellen.
- Wir werden die Bauordnung verändern, um mehr Wohnraum zu schaffen. So sollen das serielle Bauen sowie die Umnutzung oder Umwandlung von Bestandsgebäuden in Wohnraum erleichtert werden.
- Wir werden die Regelung zur Mietpreisbremse verändern, sodass mehr Gemeinden in Brandenburg diese Begrenzung nutzen können.
- Bestehenden Mietwohnraum wollen wir besser schützen, indem wir rechtliche Möglichkeiten schaffen, die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen zu unterbinden.

Stadt-, Regional- und Landesentwicklung

- Um die Lebensqualität unserer Städte und Gemeinden zu schützen, müssen wir dem Leerstand in Innenstädten entgegentreten. In Abstimmungen mit den Kommunen prüfen wir, ob die Entwicklung des Einzelhandels außerhalb der Stadtkerne stärker beschränkt werden soll.
- Brandenburgs Stärke beruht auch auf seinen unterschiedlichen Regionen. Den Zusammenhalt in allen Regionen gleichermaßen zu stärken ist Auftrag und Chance zugleich.

  - Wir werden die Regionalentwicklungsstrategie zusammen mit den Regionen umsetzen.
  - Wir werden die Regionalentwicklung als einen Schwerpunkt im operationellen Programm der nächsten europäischen Förderperiode verankern.
  - Wir werden Schlüsselvorhaben der Regionalentwicklung vorantreiben. Dabei sollen insbesondere die Wertschöpfung und Versorgungssicherheit im ländlichen Raum im Fokus stehen.
  - Das erfolgreiche Förderprogramm „Zusammenhalt“ setzen wir fort und werden zwei weitere Bewerbungsrunden starten. Damit stärken wir den Zusammenhalt in unseren Dörfern und kleinen Gemeinden durch einen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen oder des solidarischen Miteinanders.
  - Das Kleingartenwesen kann in Brandenburg auf eine lange Tradition zurückblicken. Kleingärten werden auch in Zukunft fester Bestandteil kommunaler Siedlungsplanung sein. An der Arbeit des Landeskleingartenbeirates und einer entsprechenden Landesförderung werden wir festhalten.

- Brandenburg hat Berlin im Herzen – das gilt nicht nur geografisch. Die strategische Zusammenarbeit mit Berlin brauchen wir in fast allen Politikbereichen. Wir werden die Zusammenarbeit in der gemeinsamen Hauptstadtregion ausbauen und die Abstimmungen mit Berlin enger gestalten.

Kultur

Brandenburg ist ein Land, das von seiner reichen Kulturlandschaft geprägt ist. Dies zu bewahren und zu fördern bleibt unsere Aufgabe. Wir sehen dabei Kultur als ein öffentliches Gut an. Sie muss allen zugänglich sein, unabhängig von Elternhaus, Einkommen, Abstammung, Bildung oder Gesundheit. Kultur darf nicht kommerziellen Zielen untergeordnet werden, denn sie besitzt Eigensinn und Eigenwert.

- Deshalb werden wir kulturelle Ankerpunkte für den ländlichen Raum stärken.
- Die Dorfkirchen haben eine hohe Bedeutung für das gesellschaftliche Leben im ländlichen Raum. Gemeinsam mit den Kirchen und Kommunen werden wir Initiativen und Projekte entwickeln, um ihren Erhalt zu unterstützen.
- Kultur braucht Fairness und Planungssicherheit. Deshalb werden die Tarifsteigerungen im öffentlichen Dienst für alle geförderten Einrichtungen und Initiativen aus dem Landeshaushalt finanziert.
- Das Kloster Chorin ist von zentraler Bedeutung für die Geschichte von und die Kultur in Brandenburg. Wir werden das Kloster im Einvernehmen mit den

kommunalen Akteuren in eine auskömmlich finanzierte Landesstiftung überführen.

- Wir wollen, dass jedes Kind in Brandenburg Zugang zur kulturellen Bildung – auch außerhalb der Schulen – hat. Deshalb werden wir die Musik- und Kunstschulen weiter fördern und das Projekt „Klasse Musik“ ausbauen.
- Unsere Gedenkstätten bewahren nicht nur die Erinnerung an die ganz unterschiedlichen Verbrechen in zwei Diktaturen, sie sind auch unverzichtbare Orte der Demokratiebildung. Wir wollen die Arbeit des Netzwerks Zeitgeschichte gerade auch für die vielen ehrenamtlich getragenen Gedenkorte verstetigen.
- Die freien darstellenden Künste leisten einen wichtigen Beitrag für die Kultur im ländlichen Raum für die kulturelle Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Deshalb werden wir die freien darstellenden Künste weiterhin fördern.
- Freischaffende Künstlerinnen und Künstler wollen wir weiter mit einem Stipendienprogramm fördern.
- Wir wollen die Soziokultur und die Festivals in Brandenburg fördern.
- Die Theater und Orchester sind die Aushängeschilder der Kultur in Brandenburg. Wir werden sie weiter fördern.
- Niederdeutsch gehört zu Brandenburg. Wir unterstützen die Pflege der Sprache.
- Brandenburgs vielfältige Kulturlandschaft lebt vom Austausch der Kunst- und Kulturschaffenden, von der Kooperation zwischen Kultur und Bildung sowie vom bürgerschaftlichen Engagement im kulturellen Leben. Hierbei leisten die Kulturverbände einen wesentlichen Beitrag. Wir werden sie bei ihrer wichtigen Arbeit unterstützen und fördern.
- Zur lebendigen Kultur Brandenburgs gehört auch das Volk der Sorben und Wenden. Wir fördern ihre Kultur und arbeiten intensiv am Erhalt der niedersorbischen Sprache.
- Die Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften nehmen einen wichtigen Platz in der Mitte der Gesellschaft ein. Sie sind für uns wichtige Partner, mit denen wir intensiv zusammenarbeiten. Wir sind stolz auf das jüdische Leben in Brandenburg. Wir wollen mit dem Zentralrat der Juden einen Staatsvertrag abschließen, in dem auch die Option der Lehrerausbildung eröffnet wird.

Sport

Brandenburg ist ein Sportland. Sport prägt seit Langem das Gesicht unseres Landes. Im gesamten Bundesgebiet ist Brandenburg als Sportland bekannt und hoch angesehen. Herausragende sportliche Leistungen haben nachhaltig zu einer sehr starken Schwerpunktsetzung der Spitzenverbände des deutschen Sports an den Standorten im Land Brandenburg beigetragen. Nicht nur wegen des Olympiastützpunktes, sondern

auch aufgrund der hiesigen Strukturen der sportlichen Spezialschulen gilt Brandenburg bundesweit als Vorbild für den Spitzensport.

Nie zuvor waren so viele Brandenburgerinnen und Brandenburger Mitglied in einem Sportverein. Über 381.000 Mitglieder, bald 50.000 ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wirken in mehr als 3.000 Vereinen. Diese positive Entwicklung zeigt die ungebrochen wachsende Begeisterung für den Sport hierzulande und ist Ergebnis des Engagements und gemeinsamer Bemühungen vieler Beteiligter.

- Wir werden die gesetzliche Sportförderung weiter erhöhen. Damit wird die Förderung an die Mitgliederstärke angepasst. Ebenso sichern wir dadurch die Tarifanpassung für Sporttrainerinnen und Sporttrainer ab.
- Wir werden auch weiterhin die Sportstätten in unseren Kommunen fördern und das Programm „Goldener Plan Sport“ mit einem kommunalen Investitionsprogramm fortsetzen.

IV. Für Stabilität und Sicherheit

1. Brandenburg ist stark, weil wir die Bedingungen für ein sicheres und friedliches Zusammenleben schaffen.

Sicherheit, Verlässlichkeit und Rechtsstaatlichkeit sind auch Fragen der sozialen Gerechtigkeit und somit sozialdemokratische Kernanliegen. Alle Bürgerinnen und Bürger haben uneingeschränkt das Recht auf einen handlungsfähigen und starken Staat und eine wehrhafte Demokratie – unabhängig von ihrer persönlichen Situation und ihren finanziellen Verhältnissen.

Brandenburg ist ein sicheres Bundesland. Wir arbeiten dafür, dass das so bleibt und alle Bürgerinnen und Bürger sich auch in Zukunft in Brandenburg zu Hause und sicher fühlen können. Deshalb ist es unsere Aufgabe, die Ausstattung von Polizei, Justiz, Feuerwehren und Hilfsorganisationen fortwährend zu verbessern und neuen Anforderungen anzupassen.

Polizei- und Justizbeamte, Feuerwehrleute und viele ehrenamtlich Engagierte setzen sich jeden Tag für den Schutz der Menschen sowie für ein sicheres und friedliches Zusammenleben unserer Bevölkerung ein. Dafür verdienen sie unseren Respekt und unsere Anerkennung. Das muss sich auch in einem modernen Dienstrecht, guten Arbeitsbedingungen und in einer angemessenen Bezahlung für unsere Beamtinnen und Beamten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter widerspiegeln.

Polizei

- Wir stellen die Polizei zukunftsfest auf. Dazu passen wir die Stellenzahl an das an, was zur Aufgabenerfüllung erforderlich ist, und erhöhen die Stellenzielzahl auf 9.000.
- Zunächst muss dafür schnellstmöglich die aktuelle Stellenzielzahl von 8.500 erfolgreich besetzt werden. Um dafür Personal zu gewinnen, passen wir die Ausbildungsplätze entsprechend an und stärken die Hochschule der Polizei in Oranienburg.
- Damit unsere Polizistinnen und Polizisten auf die verschiedenen teilweise gefährlichen Einsätze gut vorbereitet sind, werden wir ein zusätzliches Ausbildungs- und Trainingszentrum schaffen.
- Wir erhöhen die Anzahl der Revierpolizistinnen und -polizisten insbesondere im ländlichen Raum. Dort sollen sie am Tage als Ansprechpartnerinnen und -partner zur Verfügung stehen und Anzeigen sowie Verkehrsunfälle aufnehmen. Die Revierpolizei ist ein verlässlicher und anerkannter Partner für Bürgerinnen

und Bürger, Unternehmen und Verwaltungen in Fragen der Sicherheit. Das wollen wir weiter festigen.

- Wir erhöhen die Anzahl der Polizeistreifen auf Brandenburger Straßen und Plätzen. Jeder, der in Brandenburg Hilfe benötigt, soll diese auch zukünftig schnell erhalten. Die sichtbare Präsenz der Polizei hat positive Auswirkungen auf das Sicherheitsgefühl.
- Polizeiliche Einsatzlagen haben zugenommen. Deshalb wollen wir die Bereitschaftspolizei in Brandenburg um eine Hundertschaft stärken, um auch künftig schnell und angemessen reagieren zu können.
- Wir wollen die Kriminalpolizei personell verstärken. Kriminalität hat sich im letzten Jahrzehnt verändert. Zunehmend sehen sich die Ermittlerinnen und Ermittler mit überregional agierenden, arbeitsteilig vorgehenden und höchst mobilen Tätergruppen konfrontiert. Internet und Digitalisierung haben zu neuen Kriminalitätsformen, aber auch neuen Ermittlungsansätzen geführt. Die Brandenburgerinnen und Brandenburger haben einen Anspruch darauf, dass auch im Internet und der digitalen Welt ermittelt wird. Hierfür werden wir moderne Ermittlungskompetenzen aufbauen.
- Wir werden die Zusammenarbeit der deutschen und polnischen Polizei fördern und gemeinsame Polizeiteams weiterentwickeln. Wir werden uns für den Erhalt der Freizügigkeit in der Europäischen Union und ebenso für eine stärkere Verfolgung grenzüberschreitender Kriminalität einsetzen.
- Wir wollen lokale Sicherheitskonferenzen von Polizei, Staatsanwaltschaft, Ordnungs- und Jugendämtern sowie Sicherheitspartnern einrichten. Ihre Aufgabe wird es sein, Sicherheitsdefizite zu erkennen und zu beseitigen. Die Polizei soll über neue Kriminalitätsformen berichten und auf richtiges Verhalten oder technische Schutzmöglichkeiten hinweisen. Straftäterinnen und -tätern soll so der Erfolg genommen werden.
- Als wichtiges Element dazu dient auch die Präventionsarbeit der Polizei, die wir stärken und zeitgemäß aufstellen werden.
- Den Kampf gegen Extremismus, Diskriminierung, Antisemitismus und Homophobie setzen wir entschlossen fort. Die Gesellschaft in Brandenburg ist offen. Die Polizei soll weiterhin schnell und konsequent auf Bedrohungen reagieren. Innerhalb der Polizei führen wir weiterhin Veranstaltungen von Polizistinnen und Polizisten mit Vertreterinnen und Vertretern gefährdeter Gruppen durch, um eine hohe Sensibilität zu erreichen. Fehlentwicklungen auch im Einzelnen werden nicht geduldet, denn sie gefährden das Vertrauen in die Polizei insgesamt.
- Wir stellen zusätzliche Mittel für die Digitalisierung und Instandhaltung der technischen Infrastruktur bei der Polizei bereit. Die Liegenschaften der Polizei werden wir modernisieren. Eine attraktive Arbeitsatmosphäre unterstützt die gute Arbeit der Polizistinnen und Polizisten.

- Um die Attraktivität des Polizeiberufes zu erhöhen, werden wir die Zahl der Beförderungsämter erhöhen. Im Wettbewerb mit anderen Bundesländern haben wir die Besoldung für unsere Polizistinnen und Polizisten im Blick.

Verfassungsschutz

Der Verfassungsschutz ist Teil der wehrhaften Demokratie. Er verteidigt unabhängig die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Dafür haben wir ihn personell deutlich gestärkt und unterstützen ihn weiter.

- Beamtinnen und Beamte müssen uneingeschränkt zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung stehen. Diese Verfassungstreue ist nicht verhandelbar. Daher kann in Brandenburg nur Beamtin oder Beamter werden, wer auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht. Beamtinnen und Beamte, die keine Gewähr dafür bieten, dass sie dafür einstehen, werden wir aus dem Landesdienst entfernen.
- Extremistische Organisationen und Strukturen werden verstärkt beobachtet. Gegenüber Verfassungsfeinden verfolgen wir eine Nulltoleranz-Strategie. Daher haben wir das Verfassungsschutzgesetz geändert, um die finanziellen Bewegungen von verfassungsfeindlichen Organisationen und Strukturen besser überwachen zu können.

Justiz

- Ein handlungsfähiger Staat ist auch ein gut funktionierender Rechtsstaat. Deshalb werden wir zusätzliche Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie Personal in den zugehörigen Geschäftsstellen und bei der Rechtspflege einstellen. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöpfen, um die Gerichtsverfahren im Land weiter zu beschleunigen. Die Ausbildung der Gerichtsvollzieherinnen und -vollzieher wollen wir modernisieren.
- Wir werden erstmals ein einheitliches und für die Bürgerinnen und Bürger transparentes Justizgesetz für das Land Brandenburg schaffen. Bisher sind die für die Arbeit der Justiz im Land Brandenburg maßgeblichen landesrechtlichen Bestimmungen über mehrere Einzelgesetze und Rechtsverordnungen verstreut. Somit sind sie für die Rechtsanwender und für die rechtsschutzsuchenden Bürgerinnen und Bürger nur schwer auffindbar.
- Wir wollen vorbeugende Maßnahmen zur Stärkung der Wehrhaftigkeit unseres freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates und der Sicherung einer unabhängigen und leistungsfähigen Justiz entwickeln. Dadurch wollen wir sicherstellen, dass eine mögliche Aushöhlung der Verfassungsordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Brandenburg durch extremistische Kräfte verhindert werden kann.

- Betroffene von Straftaten brauchen besondere Unterstützung und Beratung. Deshalb werden wir eine eigene Opferschutzstelle schaffen.
- Gerade im Bereich von Massenverfahren wie dem Fluggastrecht werden wir die Justiz mit modernen technischen Mitteln ausstatten, damit diese die Verfahren zügig bearbeiten kann.
- Die Zahl der Ausbildungsplätze im Rahmen des juristischen Referendariats behalten wir mindestens bei.

Brand- und Katastrophenschutz

Die Frauen und Männer in den Feuerwehren und Hilfsorganisationen leisten einen besonderen Beitrag zur Sicherheit in Brandenburg. Dieser ist umso beachtlicher, wenn man bedenkt, dass der überwiegende Teil von ihnen diese Aufgaben im Ehrenamt erbringt. Gerade in den kleinen Gemeinden und Dörfern sind die Feuerwehren zudem wichtige Ankerpunkte des Gemeinschaftslebens. Kurzum, der Einsatz der Feuerwehren und Hilfsorganisationen macht Brandenburg stark. Daher haben wir die Pflicht, die Rahmenbedingungen für die Feuerwehren und Hilfsorganisationen weiter zu verbessern.

- Wir werden einen zweiten Standort der Landesschule und Technischen Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz in Wünsdorf bauen. Damit stellen wir sicher, dass die Kameradinnen und Kameraden in unseren Feuerwehren optimal auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet werden.
- Um die Feuerwehren und Hilfsorganisationen landesweit zu unterstützen und um eine hohe Qualität zu sichern, werden wir ein Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz einrichten.
- Wir werden weiter aktiv für die Teilnahme am Feuerwehrdienst werben. Bewährte Ehrungen wie die Retter- und Jubiläumsprämie werden wir weiter nutzen, um unseren Dank zu zeigen. Zukünftig sollen auch Rettungsschwimmerinnen und -schwimmer die Retterprämie erhalten können. Zur Nachwuchsgewinnung bei der Feuerwehr werden wir auch ein Modellprojekt mit Geflüchteten durchführen.
- Um die Einsatzbereitschaft und Leistungsfähigkeit der Feuerwehren im ganzen Land zu erhalten und zu stärken, werden wir die Förderung der Feuerwehrinfrastruktur, von Feuerwehrfahrzeugen sowie von Feuerwehrtechnik fortsetzen. In der nächsten Legislaturperiode werden wir dafür 40 Millionen Euro bereitstellen.
- Sofortmaßnahmen sind bei der Lebensrettung und beim Brandschutz besonders wichtig. Jeder Mensch ist hier gefragt. Deshalb werden wir in

unseren Schulen Kurse zu den Themen Erste Hilfe und Brandschutz anbieten, mit denen wir alle zwei Jahre alle Schülerinnen und Schüler erreichen wollen.

- Die vielleicht größte Herausforderung unserer Feuerwehren besteht in der Bekämpfung von Waldbränden. Sie können die Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehren, aber auch die vielen Einsatzkräfte von Bundeswehr, Landes- und Bundespolizei sowie dem Technischen Hilfswerk an die Grenze der Belastbarkeit bringen. Daher werden wir einen Schwerpunkt auf die Waldbrandbekämpfung legen.
    - Wir werden mit dem neu zu gründenden Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz ein Waldbrandkompetenzzentrum einrichten.
    - Wir werden Sicherheit für unsere Einsatzkräfte steigern und die Kampfmittelbeseitigung in den Wäldern vorantreiben und finanziell unterstützen. Nach einem Waldbrand sollte eine noch mit Munition belastete Fläche schnellstmöglich beräumt werden.
    - Wir werden weiterhin Spezialfahrzeuge und -technik beschaffen sowie die technischen und logistischen Möglichkeiten der Bekämpfung verbessern.
    - Wir intensivieren die vorbeugenden Maßnahmen. Das betrifft den Waldumbau hin zum widerstandsfähigen klimaangepassten Wald sowie waldbauliche Maßnahmen zum Schutz von Einsatzkräften, aber auch von waldbrandgefährdeten Siedlungen.
- Verlässliche Partner beim Brand- und Katastrophenschutz in Brandenburg sind die Bundeswehr und das Technische Hilfswerk. Wir unterstützen die weiteren Standortentwicklungen nach Kräften und sind dankbar für ihr Engagement für unser Land.

2. Brandenburg ist stark, weil wir Landwirtschaft und Naturschutz vereinen.

Brandenburg gehört zu den größten Flächenländern in Deutschland. Daraus ergibt sich eine besondere Verantwortung gegenüber Natur und Umwelt, aber auch gegenüber den Menschen, die mit und von der Natur leben. Menschen, die in den ländlichen Regionen leben, haben den gleichen Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse und eine umfängliche Daseinsvorsorge wie alle anderen auch.

Unternehmen und Landnutzende werden wir bei der Bewirtschaftung und dem Erhalt unserer Kulturlandschaft unterstützen. Das Wissen um die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Kulturlandschaft ist ein gesellschaftliches Kapital, dessen Weitergabe an junge Generationen wir fördern werden.

Wissenschaft und Forschung zu Landwirtschaft, Gartenbau und Forstwirtschaft sowie Fisch- und Gewässerwirtschaft sind im Land Brandenburg breit aufgestellt. Dazu gehören Lehr- und Versuchsanstalten, Leibniz-Institute, die Hochschule in Eberswalde

und eine Reihe weiterer Institute. Diese Vielfalt wollen wir erhalten und weiterentwickeln.

Land- und Agrarwirtschaft

- Die Agrarwirtschaft mit ihren Bereichen Landwirtschaft, Gartenbau, Fischerei und Forstwirtschaft sowie Verarbeitung und Vertrieb sind die wichtigsten Standbeine im ländlichen Raum. Diese gilt es zu halten und weiterzuentwickeln.
- Wir wollen auch in Zukunft eine Landwirtschaft, die im Einklang mit der Natur und der Umwelt steht. Dazu brauchen die Landwirtinnen und Landwirte verlässliche Rahmenbedingungen und weniger Bürokratieaufwand.
- Wir sehen in der gewachsenen und vielfältigen Struktur der Landwirtschaft Brandenburgs, bestehend aus großen und kleinen sowie herkömmlich und ökologisch wirtschaftenden Betrieben, ein hohes Gut. Diese Vielfalt wollen wir erhalten. Die Flurneuordnung werden wir weiterentwickeln.
- Die nächste Förderperiode der europäischen Gemeinsamen Agrarpolitik beginnt planmäßig im Jahr 2027. Wir werden hier für die Belange der Brandenburger Landwirtschaft kämpfen. Die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete werden wir beibehalten.
- Wir wollen eine Landwirtschaft, die die Menschen in der Region Berlin und Brandenburg mit guten und gesunden Lebensmitteln versorgt. Wir werden die Zuständigkeit für die Lebensmittelwirtschaft stärker bündeln.
- Wir sehen den ökologischen Landbau in Brandenburg gut aufgestellt und werden uns dafür einsetzen, dass die Potenziale für eine regionale Lebensmittelkette besser genutzt werden.
- Wir werden intensiv daran arbeiten, die Anzahl der landwirtschaftlichen Nutztiere wieder zu erhöhen. Tierhaltung ist für die Wertschöpfung im ländlichen Raum elementar. Einen Schwerpunkt legen wir auf die Weidetierhaltung.
- Tierkrankheiten wie die Afrikanische Schweinepest oder Vogelgrippe sind in den letzten Jahren verstärkt aufgetreten. Deshalb werden wir die Prävention gegen Tierkrankheiten und Seuchen verstärken.
- Die Pflanzenzüchtung steht durch stärkere Klimawechsel vor großen Herausforderungen. Nur durch eine intensive Pflanzenzucht und die Nutzung der wissenschaftlichen Kompetenz der in Brandenburg angesiedelten Institute kann der Pflanzenbau zukunftsfest gemacht werden.
- Im konventionellen und ökologischen Landbau werden Pflanzenschutzmittel eingesetzt. Hierfür braucht es einen einheitlichen Rahmen in Europa statt national abweichender Regelungen.

Wasser

Ohne Wasser gibt es kein Leben. Deswegen werden wir Wasser zu einem Schwerpunktthema im Land Brandenburg machen. Wir werden Strategien weiterentwickeln und zentral zusammenführen, um Wasser in der gesamten Fläche des Landes besser zu halten und die regionalen Potenziale besser zu nutzen.

- Als Teil der Klimaanpassung werden wir die zahlreich vorhandenen wasserbaulichen Anlagen, Gräben, Wasserspeicher, Staue und Wehre, aber auch Schöpfwerke ertüchtigen und neu schaffen. Wir werden kleinräumige Steuerungsmöglichkeiten zum Wohle des Wasserhaushaltes besser nutzen.
- Um Belastungen gerechter zu verteilen, werden wir die Einführung einer Gewässerkategorie dritter Ordnung prüfen, um kleine Gewässer besser zu schützen. Zusätzlich stärken wir die Wasser- und Bodenverbände in ihrer Rolle vor Ort.
- Wir werden uns intensiv mit der verstärkten Nutzung von Abwässern befassen, um vorhandene Ressourcen besser auszuschöpfen. Die Entwicklung von Anlagen der 4. Reinigungsstufe werden wir voranbringen, um noch mehr Wasser in regionalen Kreisläufen zu halten. Eine strategische Gesamtplanung mit den benachbarten Bundesländern werden wir intensivieren.
- Der Abbau der Braunkohle hat einen besonderen Einfluss auf den Landeswasserhaushalt im Land Brandenburg. Sowohl die Menge des abgepumpten Wassers aus den Tagebauen als auch die Verockerung durch Eisenhydroxid und die Sulfateinträge beeinflussen das Geschehen entlang der Spree erheblich. Aktuell würde sich ohne abgepumptes Bergbauwasser das verfügbare Wasseraufkommen in der Spree schlagartig reduzieren. Hierfür gilt es, Lösungen zu finden.
- Brandenburg ist das gewässerreichste Bundesland in Deutschland mit entsprechendem Potenzial an Fischen. Mit deren nachhaltiger Nutzung sichern wir ökologisch wertvolle Lebensräume. Den Ausgleich für Schäden durch geschützte Arten wollen wir weiterführen.
- Das Fischsterben an der Oder im Sommer 2022 hat sehr deutlich die Risiken menschengemachter Einflüsse auf unsere Gewässer gezeigt. Wir werden deshalb gemeinsam mit allen Akteuren den Gewässer- und Fischartenschutz ausbauen, um eine Wiederholung derartiger Schadensereignisse effektiv zu verhindern.

Natur- und Umweltschutz

- Unsere natürliche Umwelt ist die wichtigste Entwicklungsgrundlage für unser Land. Unsere Naturreichtümer sind der größte Schatz unseres Landes.
- Unsere Großschutzgebiete sind wichtige Bestandteile unserer einzigartigen Naturlandschaft. Der Nationalpark Unteres Odertal soll gestärkt werden, indem

die Nationalparkverwaltung, so wie in anderen deutschen Nationalparks, Verwaltungsvollzugsbehörde als untere Landesbehörde für die Bereiche Forst, Jagd, Fischerei, Wasser und Naturschutz wird.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass Grünanlagen, Gärten und Parks in Siedlungsräumen stärker als bisher zur Förderung der biologischen Vielfalt herangezogen werden.
- Alleen sind für Brandenburg landschaftsprägend. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz. Wir setzen uns für den Erhalt und eine stärkere Nach- und Neupflanzung von Alleen ein. Das Landeskompetenzzentrum Straßenbäume und Alleen in Großbeeren werden wir, auch durch die Zusammenarbeit mit Berlin, ausbauen.
- Im Interesse von Gesundheit und Lebensqualität unterstützen wir die Kommunen bei der Planung und Umsetzung von notwendigen Lärmschutz- und Luftreinhaltungsmaßnahmen. Die Menschen, die im Umfeld von Industrie- und Verkehrsflächen leben, haben dabei unsere besondere Aufmerksamkeit verdient.
- Die Folgen des jahrzehntelangen Bergbaus in der Lausitz können nur durch hohe Investitionen in die Rekultivierung der Flächen ausgeglichen werden. Die Betreiber von Kraftwerken und Tagebauen sind zur Finanzierung verpflichtet und wir werden sie nicht aus dieser Verantwortung entlassen.

Wald und Jagd

- Unsere Jägerinnen und Jäger leisten einen wichtigen Beitrag zum Erhalt unserer natürlichen Umwelt.
- Stabile und gesunde Waldbestände sind unser Ziel, das wir durch den Waldumbau hin zu mehr Mischwald erreichen wollen. Auch der Gefahr von Waldbränden wirken wir damit entgegen.
- Es braucht einen bestandsorientierten Umgang mit dem Wolf. Die aktuellen Regelungen sind für den Schutz der Weidetiere als auch für die Bestandsregulierung des Wolfes untauglich.
- Der Landesbetrieb Forst Brandenburg ist ein Garant für eine nachhaltige Bewirtschaftung des Landeswaldes und wird seine Vorbildwirkung für alle Waldbesitzerinnen und -besitzer weiter ausbauen. Die Struktur des Landesforstbetriebes wird beibehalten. Private forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse werden weiterhin unterstützt.
- Das Jagdwesen in Brandenburg basiert wie viele andere Bereiche des ländlichen Raums auf dem ehrenamtlichen Engagement der Jägerinnen und Jäger. Dabei kommt den Jagdgenossenschaften eine besondere Bedeutung zu. Vor dem Hintergrund des Klimawandels tragen alle Jägerinnen und Jäger eine besondere Verantwortung für den Erhalt und den Umbau des Waldes. Wir werden uns dafür

einsetzen, die Wildtierbestände in den kommenden Jahren dort spürbar abzusenken, wo es dem Schutz gefährdeter Arten, einer positiven Waldentwicklung und einer Verringerung von Wildschäden in der Landschaft zugutekommt.

3. Brandenburg ist stark, weil sich die Menschen auf die Verwaltungen ihres Landes, ihrer Städte, Gemeinden und Landkreise verlassen können.

Eine der stärksten Gestaltungskräfte im Land sind unsere Kommunen. Für viele Menschen macht die Arbeit ihrer Kommunen das Funktionieren des Staates sichtbar. Ob beim Bau von Schulen, Kitas und Sportplätzen, der Förderung von Feuerwehren und Vereinen oder nicht zuletzt auch bei der Beantragung eines neuen Reisepasses. Die Kommunen sind eine tragende Säule des handlungsfähigen Staates.

Nahezu alle Entwicklungen – ob in der eigenen Lebensgestaltung, dem sozialen Zusammenleben, der Gesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft – sind abhängig von einer qualifizierten, guten, schnellen und im Interesse der Menschen in Brandenburg agierenden Verwaltung.

- Deshalb unterstützen wir unsere Kommunen nach Kräften. Kein Bundesland finanziert seine Kommunen besser als Brandenburg. Diese intensive Unterstützung werden wir fortsetzen. Denn nur so geben wir den Kommunen die finanzielle Kraft, um ihre örtlichen Angelegenheiten im Sinne der Menschen zu gestalten.
- Viele Kommunen müssen in den kommenden Jahren erheblich investieren, um die Infrastruktur, insbesondere die soziale und Bildungsinfrastruktur, an eine wachsende Bevölkerung anzupassen. Dazu werden wir die kommunalen Investitionsprogramme neu auflegen, um die Kommunen zu unterstützen. Zudem werden wir das kommunale Haushaltsrecht so verändern, dass die Kommunen pflichtige Investitionsmaßnahmen leichter umsetzen können.
- Die Digitalisierung verändert die Arbeit der Verwaltungen von Land und Kommunen. Zur Bewältigung dieses Veränderungsprozesses wird das Land den engen Schulterschluss mit Landkreisen und Gemeinden suchen und sie unterstützen. Den Zweckverband „Digitale Kommunen Brandenburg“ (DIKOM) werden wir zum zentralen IT-Dienstleister der Kommunen und Landkreise ausbauen.
- Leistungsfähige und bürgernahe Verwaltungen von Land und Kommunen brauchen stabile personelle und finanzielle Rahmenbedingungen. Um auch in Zukunft das nötige Verwaltungspersonal zu gewinnen, müssen sich Land und Kommunen noch stärker als attraktive Arbeitgeber aufstellen. Zudem müssen wir

auch weiterhin die Landesfinanzen solide und zukunftsfähig halten. Auch sie sind Grundlage für einen handlungsfähigen Staat.

- Wir werden landesseitig die Kommunen strukturpolitisch stärker unterstützen, um die Entwicklung landesweit bedeutsamer Gewerbeflächen voranzubringen.
- Die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Arbeit ihrer Verwaltungen hängt maßgeblich davon ab, ob deren Tätigkeit für sie nachvollziehbar ist oder nur als bürokratisch wahrgenommen wird. Ebenso ist die Effizienz der Verwaltungen von den Normen und Standards beeinflusst, die ihre Arbeit definieren. In verschiedenen Bereichen haben sich in den vergangenen Jahrzehnten Rechtslagen entwickelt, die zu einem erheblichen Bürokratieaufwand für Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft und Verwaltungen beitragen. Deshalb wollen wir alle staatlichen Aufgaben und Rechtsvorschriften in unserem Land kritisch prüfen, um unnötige Bürokratie abzubauen. Dazu werden wir einen Sonderausschuss im Landtag Brandenburg einsetzen. Das Ziel soll sein, dass es am Ende der Zwanzigerjahre weniger und nicht mehr Normen und Standards gibt. Abläufe sollen entschlackt und Prozesse beschleunigt werden.

4. Brandenburg ist stark, weil wir Energieerzeugung und Klimaschutz zusammenbringen.

Der Ausbau der erneuerbaren Energien ist eine große Chance für unser Land. Schon heute siedeln sich bei uns viele Unternehmen an, weil es in Brandenburg deutlich mehr Wind- und Solarenergie gibt als in den meisten Bundesländern. Wir werden diesen Vorteil so nutzen, dass alle Menschen im Land davon profitieren.

Zugleich hat Brandenburg das Ziel, bis spätestens 2045 klimaneutral zu wirtschaften und zu leben. Damit das gelingt, muss die Energieerzeugung entsprechend umgestellt werden. Der Umbau der Energieerzeugung muss dabei so erfolgen, dass Versorgungssicherheit, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit sichergestellt sind.

Für den Erfolg der Energiewende ist dabei entscheidend, dass die Bürgerinnen und Bürger deren Vorteile erkennen – und nutzen können. Wir brauchen auch zukünftig für alle eine stabile, sichere Energieversorgung, die bezahlbar ist.

- Der gute Ausbaustand der erneuerbaren Energien ist in Brandenburg ein entscheidender Standortvorteil. Dieser Standortvorteil muss auch bei den Brandenburgerinnen und Brandenburgern ankommen. Wir wollen die Menschen bei ihren Stromkosten entlasten. Dazu gehört ein bundesweit gerechter Ausgleich bei den Netzentgelten. Aber auch Bürgerstrommodelle, attraktive

finanzielle Beteiligungsmodelle und verschiedene Teilhabemaßnahmen für Kommunen können entscheidend unterstützen.

- Wichtig ist, dass auch die Kommunen finanziell gewinnen, wenn sie den Ausbau unterstützen. Brandenburg ist das erste Bundesland, in dem Anlagenbetreiber von Windrädern eine Abgabe in Höhe von 10.000 Euro zugunsten der örtlichen Kommunen zahlen müssen. Diese Abgabe haben wir vor Kurzem auch auf Solaranlagen erweitert. Hier ist die Abgabe abhängig von der installierten Leistung der Anlage. Das wollen wir auch für Windenergie so umsetzen.
- Wir werden Bürgergenossenschaften und andere Modelle unterstützen, mit denen lokal erzeugter „grüner“ Strom auch lokal für eine sichere Energieversorgung genutzt wird. So fördern wir auch die Gemeinschaft im ländlichen Raum.
- Wir treiben den Ausbau erneuerbarer Energien einschließlich der Energiespeicher und der Wasserstoffwirtschaft weiter voran. Unser Ziel ist es, dass die Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg eine weitgehende Energieunabhängigkeit erreicht. Das ist ein starker Wirtschaftsfaktor und macht die Region widerstandsfähiger gegen äußere Krisen.
- Der erfolgreiche Umbau von Industriestandorten wie zum Beispiel Schwedt, Eisenhüttenstadt, Rüdersdorf oder Brandenburg an der Havel ist wichtige Strukturpolitik. Wir werden sie zu zukunftsfähigen Industrie- und Wirtschaftsstandorten weiterentwickeln.
- Die Produktion von Wasserstoff aus erneuerbaren Energiequellen ist ein zentraler Baustein der Energiewende im Land. Wir wollen, dass bestehende Industriebetriebe hier auch in Zukunft weiter produzieren können. Dafür ist, nicht zuletzt im Stahl- und Baustoffbereich, eine sichere Versorgung mit Wasserstoff entscheidend.
- Die Lausitz ist seit vielen Jahrzehnten zuverlässiger Garant für eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung und industrielles Zentrum in Ostdeutschland. Das soll auch künftig so bleiben. Wir halten am gesetzlich geregelten Ausstieg aus der Kohleverstromung fest.
- Der industrielle Umbau in der Lausitz ist bereits im vollen Gang. Uns leitet dabei, dass in den kommenden Jahren neue, tarifgebundene Industriearbeitsplätze entstehen. Mit der Ansiedelung des Bahnwerks in Cottbus, dem Ausbau der Universitäts- und Forschungslandschaft und ersten energetischen Leuchtturmprojekten ist für die Lausitz schon viel erreicht. Wir werden hier nicht nachlassen. So werden wir die Lausitz zu einem noch stärkeren Standort machen, der mit seiner Kraft positiv auf andere Landesteile ausstrahlt und den gesetzeskonformen Ausstieg aus der Verstromung der Braunkohle erfolgreich meistert. Für die weitere Strukturentwicklung braucht es vom Bund neben der weiteren Verlässlichkeit bei der Umsetzung der Strukturwandelprojekte allen

voran Klarheit, wie die Energieversorgung künftig zu bezahlbaren Preisen gesichert werden kann.

- Es gibt Industriezweige, in deren Produktionsprozessen zwangsläufig CO2 freigesetzt wird. Wir unterstützen diese Unternehmen dabei, Lösungen auf dem Weg zur Klimaneutralität umzusetzen.
- Wir werden zudem die Förderungen im Bereich Energieeffizienz weiter ausbauen und Unternehmen im Rahmen der beihilferechtlichen Möglichkeiten unterstützen.

Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel

Der Klimawandel hat einen großen Einfluss auf nahezu alle Lebensbereiche. Wetterphänomene werden extremer, Trockenperioden länger. Daher müssen wir Anpassungen an diese bereits bestehenden Veränderungen vornehmen und weitere negative Klimaveränderungen vermeiden, indem wir den Ausstoß von Klimagasen unter den genannten Maßgaben schnellstmöglich verringern. Wir stehen für einen Klimaschutz mit den Menschen.

Die Klimaneutralität erfordert, dass in allen Lebens- und Wirtschaftsbereichen insgesamt keine klimaschädlichen Treibhausgase mehr ausgestoßen oder nicht vermeidbare ausgeglichen werden.

- Wir werden die angesichts des Klimawandels notwendigen Gegen- und Anpassungsstrategien entschlossen umsetzen und weiterentwickeln. Wir wollen bis 2045 klimaneutral wirtschaften. Der dazu notwendige Umbau der Energiewirtschaft, Industrie und Gesellschaft wird große finanzielle Kraftanstrengungen erfordern, die nur als nationale Aufgabe und gemeinsam mit den Menschen bewältigt werden können. Dieser Umbau sichert zugleich die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts. Die damit verbundenen Chancen als Vorreiterregion müssen wir nutzen.
- Neben dem Ausstieg aus den fossilen Energiequellen und dem Ausbau der erneuerbaren Energien sind der Erhalt und die Stärkung von Mooren und der Umbau von Wäldern wirkungsvolle Maßnahmen für den Klimaschutz, die wir durch entsprechende Anreize fördern wollen.
- Unsere Klimapolitik steht für Wirksamkeit und Gerechtigkeit. Wir sehen im notwendigen Umstieg auf eine klimafreundliche Energieerzeugung vor allem Chancen und langfristige Vorteile, die wir im Interesse einer zukunftsfähigen Wirtschaft in Brandenburg nutzen wollen. Bei der Umsetzung unserer Klimapolitik setzen wir auf Überzeugung und Förderung, das Schaffen von Anreizen und eine deutlichere Vorbildrolle der Verwaltung. Die Kommunen werden wir dabei begleiten.

- Auf Bundesebene werden wir uns für Regelungen einsetzen, bei denen alle sozialen Auswirkungen von vornherein berücksichtigt werden und mögliche Belastungen sozial abgefedert werden.
- Die Kommunen haben zahlreiche Aufgaben im Bereich des Klimaschutzes. Wir werden sie bei Aufgaben wie kommunaler Wärmeplanung, Erarbeitung von Klimaschutzkonzepten, Einführung von Energiemanagementkonzepten unterstützen. Dazu gehören etwa die Netzwerkbildung, der gegenseitige Erfahrungsaustausch sowie die Fachpersonalgewinnung.
- Auf dem Weg zur Klimaneutralität benötigen wir den Umbau der Wärmeversorgung. Dies gelingt nur, wenn die Menschen ihn unterstützen und von den Vorteilen überzeugt werden. Kein Mensch darf durch die Wärmewende in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Langfristig wird eine Umstellung auf erneuerbare Energieträger Kosten einsparen, doch müssen dafür zunächst teils hohe Investitionen geleistet werden. Die Förderung durch Bundesmittel ist dabei eine gute Hilfe.

5. Brandenburg ist stark, weil es für Demokratie und Gemeinschaft steht.

Demokratie, Gemeinschaft und Toleranz sind die Eckpfeiler unseres Landes. Auf ihnen gründet sich unsere Art zu leben. Dennoch wissen die Brandenburgerinnen und Brandenburger aus eigener Erfahrung, dass der Kampf um Freiheit immer wieder neu geführt werden muss. Es ist schwerste Arbeit und zugleich eine Aufgabe, bei der es immer wieder auch Rückschläge gibt. Heute können es alle glasklar sehen. Rechtsextremismus und Rassismus sind nach wie vor die größte Gefahr für die Demokratie und das friedliche Zusammenleben in Brandenburg. Deshalb ist wichtiger denn je, den zivilgesellschaftlichen Kräften den Rücken zu stärken, die ihren Einsatz für gemeinnützige Belange und ein zukunftsorientiertes Miteinander zunehmend als Beitrag zur Stärkung der Demokratie verstehen.

- Seit über 25 Jahren kämpft die „Koordinierungsstelle Tolerantes Brandenburg“ für eine starke und lebendige Demokratie, für eine offene und freiheitliche Gesellschaft und gegen Rechtsextremismus in unserem Land. Es ist unser Flaggschiff im Kampf für Freiheit, Toleranz und Weltoffenheit. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ ist heute noch genauso richtig und wertvoll. Und es hat leider nichts an seiner Aktualität verloren. Deshalb werden wir das „Tolerante Brandenburg“ entsprechend den neuen Bedarfen stärken.
    - Wir werden das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ und sein zivilgesellschaftliches Beratungssystem stärken und es mit dem Bündnis für Brandenburg weiterentwickeln sowie die Förderung von Projekten der Demokratiestärkung und des Kampfes gegen Rechtsextremismus verstetigen und den Herausforderungen gemäß ausbauen.

  - Wir wollen kommunale Bündnisse für Ehrenamt und Zusammenhalt in möglichst vielen Städten unseres Landes etablieren.
  - Die Konzepte gegen Rassismus, Islamismus und Antisemitismus werden wir mit den erforderlichen Ressourcen untersetzen und Schritt für Schritt umsetzen.
- Demokratieskepsis lässt sich nicht wegbeschließen. Um ihr zu begegnen, brauchen wir eine Demokratie- und Engagementförderung, die in der Fläche des Landes sichtbar und wirksam ist.
  - Das Förderprogramm „Zusammenhalt“ werden wir inhaltlich weiterentwickeln und bis 2029 mindestens zwei weitere Förderrunden bei Beibehaltung des bisherigen Fördervolumens durchführen.
- Akzeptanz von Demokratie hat auch mit Identifikation und Verständnis zu tun. Ostdeutsche Perspektiven bleiben in Leitungsebenen noch zu oft außen vor. Wir konnten bereits erreichen, dass erstmals eine Ostdeutsche Bundesverfassungsrichterin wurde. Doch durch alle Bereiche in Ostdeutschland und Deutschland insgesamt zieht sich weiter eine große Repräsentationslücke. Wir treten daher weiter für mehr Ostdeutsche in Führungspositionen ein.
- Eine starke Demokratie braucht eine gute politische Bildung.
  - Wir werden die Demokratie an den Schulen stärken, indem wir Schüler und Eltern bei der Ausübung ihrer Mitwirkungsrechte unterstützen und die Instrumente der Demokratiebildung an unseren Schulen deutlich ausbauen.
  - Die Fächer Politische Bildung und Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde werden stärker hinsichtlich der Vermittlung demokratiebildender Kompetenzen verflochten.
  - Die Medien- und Beratungsangebote der Landeszentrale für politische Bildung sowie der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie werden stärker genutzt und mit Fortbildungsangebot für Lehrkräfte flankiert.
  - Schulische und außerschulische Projekte zur Demokratiebildung werden stärker gefördert, sodass mehr Schülerinnen und Schüler davon profitieren.
  - Wir wollen wieder ein digitales Lernangebot „Zeitung in der Schule“ etablieren.
  - Die Kommunikation zwischen allen Ebenen und Beteiligten wird verbessert.

Ehrenamt

Brandenburg profitiert von dem starken Gefühl der Gemeinschaft und des Zusammenhaltes. Das schlägt sich auch in der Bereitschaft der Menschen nieder, sich ehrenamtlich zu engagieren. Umso wichtiger ist es, diesen wichtigen Pfeiler der Zivilgesellschaft zu erhalten und zu fördern.

- Wir werden die vorhandenen Instrumente und Förderungen zur Unterstützung des Ehrenamts bündeln, mit der Zivilgesellschaft und der kommunalen Ebene über Verbesserungen beraten und zu einer Strategie für bürgerschaftliches Engagement in Brandenburg, in Stadt und Land, ausbauen.
- In die Strukturen des Ehrenamts werden wir investieren und die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen als Servicestelle der Aktiven besser ausstatten.
- Das Landesnetzwerk für bürgerschaftliches Engagement werden wir weiterhin über die Koordinierungsstelle Bürgerschaftliches Engagement unterstützen.
- Wir werden die Ehrenamtskarte attraktiver gestalten und als App anbieten. Anspruch auf die Ehrenamtskarte hat bisher, wer sich mindestens 200 Stunden im Jahr ehrenamtlich engagiert. Diese Regelung schließt viele Ehrenamtsbereiche wie den ehrenamtlichen Hospizdienst aus, da die vorgegebene Stundenanzahl meist nicht erreicht wird. Ehrenamt sollte gleich viel wert sein. Wir setzen uns dafür ein, noch mehr Partner für die Ehrenamtskarte zu gewinnen, um weitere Angebote und Vergünstigungen für Ehrenamtliche möglich zu machen.

Medien

Eine freie Presse und Qualitätsjournalismus sind das Lebenselixier einer freien, demokratischen Gesellschaft. Die Freiheit der Presse und ihre Unabhängigkeit müssen gesichert werden.

- Einschüchterungsversuchen und Behinderungen der Arbeit der Presse werden wir entschieden entgegentreten und den Schutz von Journalistinnen und Journalisten sicherstellen.

Wir sehen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk einen Garanten für Qualität und unabhängigen Journalismus. Infolge der fortschreitenden Digitalisierung und des veränderten Nutzungsverhaltens muss er sich ständig erneuern und so dafür Sorge tragen, dass er allen gesellschaftlichen Gruppen ein attraktives Angebot macht. Ihm kommt die besondere Aufgabe zu, medialer Mittler im gesamtgesellschaftlichen Diskurs zu sein.

- Wir wollen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk schneller und flexibler entscheiden kann, in welcher Form und mit welchen Angeboten er seinem Auftrag nachkommt.
- Wir setzen uns für ein modernes Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein.

Mit der Neufassung des rbb-Staatsvertrages haben wir gemeinsam mit Berlin die Konsequenzen aus den Vorkommnissen beim rbb gezogen. Es braucht eine finanziell stabile und regional verankerte Rundfunkanstalt, die die gesellschaftliche und kulturelle Vielfalt der Länder Berlin und Brandenburg abbildet.

- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Vorgaben zur Deckelung der Gehälter der Leitungsebene nicht auf den rbb beschränkt bleiben, sondern im gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk Anwendung finden.
- Wir setzen uns für eine tiefgreifende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ein, die die Beitragsstabilität und auch die Finanzierung im Blick hat.

Die lokalen und regionalen privaten Medien sind wichtig für das Miteinander und für den Austausch vor Ort.

- Wir werden dafür Sorge tragen, dass im Landeshaushalt auch weiterhin Mittel für die Förderung lokaljournalistischer Angebote zur Verfügung gestellt werden.

Europa und Polen

Kaum ein Bundesland profitiert mehr von den europäischen Errungenschaften Frieden, Demokratie, Solidarität und wirtschaftliche Stabilität. Unsere Lage im Herzen Europas prädestiniert uns als Brücke zwischen Ost und West. Zugleich sehen wir uns in der Pflicht, die EU als größtes Friedens- und Wohlstandsprojekt der Menschheitsgeschichte zu verteidigen.

- Wir werden die Aufgabe eines Polen-Beauftragten beibehalten und die brandenburgisch-polnischen Beziehungen als Querschnittsthema in allen Ministerien verankern. Wir wollen eine verstärkte mediale Berichterstattung über die Nachbarregionen Polens und Ereignisse in Polen.
- Wir werden die Brückenfunktion der Stadt Frankfurt (Oder) und der Europa-Universität Viadrina mit ihren Kompetenzen für polnische und ukrainische Studien durch ein Ukraine-Zentrum und ein Dialogforum Osteuropa stärken.
- Für die Verbesserung der Kooperationsmöglichkeiten mit polnischen Kommunen werden wir unsere kommunalrechtlichen Rahmenbedingungen verbessern.
- Wir setzen uns dafür ein, dass brandenburgische Städte und Gemeinden stärker europäische Förderprogramme nutzen und dass die bürokratischen Hürden auf EU-, Bundes- und Landesebene abgebaut werden. Gleiches gilt für wissenschaftliche Einrichtungen, Unternehmen und andere Partnerinnen und Partner.
- Die Internationalisierungsstrategie werden wir weiterentwickeln und umsetzen.
- Unser Ziel besteht darin, in Brüssel sichtbar zu sein und gleichzeitig mit Nachdruck für eine ausreichende Finanzierung der EU-Förderprogramme einzutreten, sodass sie allen Brandenburgerinnen und Brandenburgern helfen.

- Wir drängen in der Europäischen Union darauf, schneller und verbindlicher Unternehmen auf dem europäischen Markt und damit auch Arbeitsplätze hier in Brandenburg vor hochsubventionierten Billigimporten zu schützen.
- Wir unterstützen ehrenamtliches und zivilgesellschaftliches Engagement, um den europäischen Gedanken zu stärken.
- Wir unterstützen die Austauschprogramme für zum Beispiel Schulen, Auszubildende oder Studierende. Wir wollen, dass mehr junge Brandenburgerinnen und Brandenburger daran teilnehmen können.

V. Es geht um Brandenburg

Die Menschen in Brandenburg haben viel erreicht. Darauf können wir alle gemeinsam stolz sein. Die Brandenburger SPD ist ein wichtiger Teil dieser Geschichte. Persönlichkeiten wie Manfred Stolpe, Regine Hildebrandt und Matthias Platzeck waren Wegbereiter wichtiger politischer Entscheidungen.

Politik folgt niemals einem Selbstzweck, sondern muss den Menschen und dem Gemeinwohl dienen. Diesem Leitbild sind die Ministerpräsidenten der SPD immer gefolgt. Wir handeln zum Wohle aller und aller Landesteile. Die Starken helfen den Schwachen.

Für Brandenburg steht bei dieser Landtagswahl sehr viel auf dem Spiel. Die Wählerinnen und Wähler entscheiden über die Zukunft und Stabilität des Landes. Es geht um Brandenburg. Bleibt das Land in guten Händen oder regieren künftig Populisten und Rechtsextreme?

Brandenburg befindet sich auf einem erfolgreichen Wirtschaftskurs. Eine starke Wirtschaft ist das Fundament für Steuereinnahmen und damit für Investitionen in Gemeinwohl und sozialen Ausgleich. Es geht um Brandenburg. Bleibt das Land auf Kurs oder werden unser Wohlstand und unsere dynamische Wirtschaftsentwicklung gefährdet?

Jede demokratische Gesellschaft lebt von einer starken Gemeinschaft und sozialem Zusammenhalt. Uns in Brandenburg hat das schon immer ausgemacht. Wir helfen unseren Nachbarn, engagieren uns in der Feuerwehr und sind in guten wie in schlechten Zeiten füreinander da. Es geht um Brandenburg. Bleiben wir ein Land guter Nachbarn oder werden Hass, Rassismus und Ausgrenzung unser Leben bestimmen?

Wir wollen uns in unserem Alltag sicher fühlen. Dafür braucht es einen funktionierenden Staat, der sich um Polizei, Feuerwehren, Rettungskräfte und Hilfsdienste kümmert. Einen Staat, der das Wohl seiner Bürgerinnen und Bürger im Blick hat. Es geht um Brandenburg. Bleiben wir ein Land, in dem wir uns gut und sicher fühlen, oder werden Unsicherheit und Sorge die überhandnehmen?

Die Landtagswahl 2024 ist eine Richtungswahl.

Für die Bürgerinnen und Bürger Brandenburgs geht es um die Frage, wem sie das Land und unser Gemeinwohl in die Hände legen. Wem vertrauen sie die politische Zukunft an?

Es gibt viele Gründe für Hoffnung und Zuversicht. Weil sich Brandenburg gut entwickelt. An dieser Entwicklung werden alle teilhaben können, wenn die SPD weiterhin die Landesregierung anführt.

Die Brandenburger SPD ist die Partei von Optimismus, Mut und Fortschritt. Mit Dietmar Woidke an der Spitze kämpfen wir für ein demokratisches und stabiles Brandenburg. Die soziale Demokratie im Land ist unser höchstes Gut – wir werden sie verteidigen.

Es geht um Brandenburg.